

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 179 · 16. JAHRGANG · AUSGABE 1/2010 VOM 31. DEZEMBER 2009 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4 | **Der Sturm auf das Wunderlichpalais**
Aufgaben einer linken Landrätin

10 | **Geschichte und Untergang der DDR**
Teil 1: Verbürgerlichung

12 | **Der letzte Versuch: Die Ardennenoffensive**
Bruch der Koalition mißlang

Die Menschen wollen die Direktwahl

Eberswalde (bbp). Einen Tag vor Weihnachten hatten bereits weit über 600 Wahlberechtigte allein in Eberswalde von der Gelegenheit Gebrauch gemacht, per Briefwahl an der Landratswahl teilzunehmen. Zum Vergleich: Zur Europawahl im Juni 2009 waren es insgesamt nur 1.066 Eberswalderinnen und Eberswalder, welche per Briefwahl abstimmten. Das spricht für das große Interesse der Bürger im Landkreis Barnim und eine hohe Wahlbeteiligung am 10. Januar 2010.

Zu den Hauptargumenten der SPD-Fraktionsvorsitzenden im Kreistag Petra Bierwirth gehörten Befürchtungen, daß die direkte Wahl des Landrates an einer zu geringen Wahlbeteiligung scheitern würde, als sie im April 2009 gegen eine Direktwahl der Landrätin oder des Landrats polemisierte (vgl. BBP 12/2009). Spätestens seit den Aktionen in der benachbarten Uckermark, bei denen eine Bürgerinitiative binnen weniger Wochen mehr als 17.000 Unterschriften sammelte, um den Beschluß einer Mehrheit von SPD, CDU und FDP im Kreistag der Uckermark zu korrigieren ist klar: Die Menschen hier legen auf Demokratie in möglichst direkter Form einen weit größeren Wert, als die Amtsinhaber und Kreistagsabgeordneten weismachen wollen. Ähnlich lief es im Landkreis Oberspreewald-Lausitz ab. Auch dort sammelte eine Bürgerinitiative erfolgreich Unterschriften für eine direkte Wahl.

Offensichtlich nehmen die Wähler das Angebot an, ihre Landrätin oder ihren Landrat selbst zu wählen. Diese direkte Wahl stärkt auch die Position des zukünftigen Wahlbeamten gegenüber dem Kreistag, der Kreisverwaltung und der Landesregierung. Für acht Jahre ist die Landrätin oder der Landrat den Wählern direkt verantwortlich. Nur die Wähler im Landkreis können die Amtszeit durch Abwahl beenden.

Im Barnim wurde die Direktwahl der Landrätin oder des Landrats nach langer und kontroverser Polemik und einem knappen Kreistagsentscheid vom April 2009 offiziell von niemandem mehr in Frage gestellt. Zu einem anderen Urteil muß man leider kommen, wenn man die Bemühungen der Parteien im Wahlkampf analysiert. Offensichtlich

haben die Akteure diese Aufgabe nicht verinnerlicht. Oder hoffen sie immer noch, daß die Wahlbeteiligung nicht ausreicht und die Abgeordneten des Kreistages letztendlich doch die Landrätin oder den Landrat wählen werden?

Das fängt schon mit dem absonderlichen Termin an. Warum muß man mitten im Winter unmittelbar nach den Feiertagen eine so wichtige Entscheidung verlangen? Gibt es dafür einen vernünftigen Grund?

Die große und starke Christliche und auch die Freie Partei und selbst die Grünen verzichten auf einen eigenen Kandidaten und bis auf die Christlichen auch auf eine Wahlempfehlung an ihre Klientel. Die selbstbewußte Sozialdemokratische Partei kann sich nicht zu einer Wahlempfehlung durchringen. Die Abgeordneten des Kreistages schaffen es nicht einmal, zur Wahl aufzurufen. Da sind Bürgermeister und Amtsdirektoren aus Eberswalde und Umgebung schon mutiger. Diese Herren Amtsträger machen aus ihrer Sympathie für Herrn Ihrke keinen Hehl und lassen sich von ihm einspannen. Jedenfalls findet man auf der Internetseite von Herrn Ihrke ein passendes Gruppenfoto ohne Dame. Das geht soweit, daß auf den Wahlbenachrichtigungen mehrmals zuerst der männliche Begriff und dann der weibliche steht, obwohl der höfliche und unvoreingenommene Wähler das genau anders herum erwarten würde. Was soll das denn?

Selbst die lokale Presse hält sich gegen ihre sonst übliche Art raus. In der bunten Werbepost finden sich kaum Hinweise auf diese wichtige Wahl. Statt dessen kümmern sie sich um die Demokratie im Iran und in Amerika.

Dazu kommen die krampfigen Bemühungen des Amtsinhabers. Der Plan mit den Solarzellen sieht aus wie doppelt geborgt. Das Geld kommt von unseren Kindern und die Solarzellen aus China. Hat der Mann denn kein eigenes Konzept. Kann ihm die Sozialdemokratische Partei nicht helfen.

Nun ist es wohl an den Wählerinnen und Wählern, den müden Wahlkämpfern auf die Sprünge zu helfen.



Der Anlaß

Nach allem, was man so erfahren kann, wird Margitta Mächtig als erste Linke Landrätin für den Landkreis Barnim im Januar direkt gewählt werden. Diese Wahl findet unmittelbar nach den Feiertagen und Familienfesten in der noch dunklen Jahreszeit statt. Aus diesem Grunde bleibt wenig Zeit für eine politische Auseinandersetzung der Kandidaten. Der Kreistag hat es in seiner letzten Sitzung nicht über sich gebracht, die Umstände, Vorteile und Nachteile einer direkten Wahl darzulegen. Die eigens eingerichtete Presseabteilung des Landratsamtes packt das auch nicht. Sie arbeiten so angestrengt am Thema, daß die Leute das Bild vom Solar-Bodo schon nicht mehr sehen können. Die konkurrierenden Presseorgane sind stark von Phantomschmerzen geplagt und mit der Suche nach Altlasten befaßt. Wichtige politische Kräfte, die christlichen und sozialdemokratische Parteien sind verstummt. Selbst die Bürgerbewegungen halten sich raus und die befreundeten Unternehmer verteilen lieber Weihnachtsgeschenke.

Deshalb müssen wir jetzt unseren Teil zur Verbesserung der politischen Kultur leisten. Mehrere Autoren der Barnimer Bürgerpost haben sich Gedanken über die Zukunft im Landkreis Barnim gemacht. Ihre Erwartungen wollen wir noch vor der Wahl, in gewohnter Weise unzensuriert veröffentlichen. Die Januarausgabe unserer Zeitung haben wir deshalb um eine Woche vorgezogen.

Die zukünftige Landrätin ist im Landkreis nicht unbekannt. Das Programm der Linken liegt auf dem Tisch. Mit Margitta Mächtig wird auf alle Fälle eine neue Kultur in das Landratsamt einziehen. Der Zweck ihrer Politik wird sich stärker auf die Bedürfnisse der Menschen im Landkreis Barnim ausrichten.

Oder anders gesagt: das gleiche Orchester spielt bald eine flottere und erfolgreichere Musik. Der Takt wird fester, das Repertoire umfangreicher, die Soli länger und häufiger. Damit steigt die Verantwortung aller Musikanten. Das Publikum freut sich und die Spieler sind stolz auf ihre Arbeit. Wir hören bisher unbekannte Stücke von neuen Komponisten. Dazu kommen Instrumente, und Tonlagen, die bisher kaum einer kennt. Die Harmonie und Spielfreude verbessern sich. Die selbstbewußten Musikanten hören einander zu und feuern sich gegenseitig an.

Was das konkret für die Bewohner des Landkreises, die Verwaltungen, Zweckverbände und Gemeinden bedeuten kann, lesen Sie in den Artikeln dieser Ausgabe. Die Aufarbeitung der dunklen, verlorenen Zeit unter dem Landrat Ihrke muß jetzt leider warten. Vielleicht zeigen uns die stolzen Mitglieder der Sozialdemokratische Partei, wie man Geschichte aufarbeitet. Wir sind gespannt, welche Fehler sie entdecken werden und würden ihre Schlußfolgerungen gerne drucken.

Dr. MANFRED PFAFF

Erklärung des »Einsteinrates«

zur Landratswahl 2010 im Landkreis Barnim

Der Einsteinrat ist ein Zusammenschluß von Bürgerinnen und Bürgern des Landkreises Barnim. Der Rat hatte sich gegründet, um für den Erhalt der Oberschule »Albert Einstein« im Brandenburgischen Viertel zu kämpfen. Der Einsteinrat sieht heute seine Aufgabe darin, die Auswirkungen des Schulabrisses zu beobachten und zu bewerten. Mit dieser Erklärung wollen wir die Barnimer an die Schließung der Oberschule erinnern und die Rolle des Landrates Bodo Ihrke noch einmal darstellen.

Wir begrüßen die Möglichkeit einer Direktwahl einer Landrätin/eines Landrates im Landkreis Barnim als eine Form direkter Demokratie.

Wir rufen auf:

am 10. Januar wählen zu gehen und die Stimme nicht dem bisherigen Landrat Bodo Ihrke zu geben!

In einer Geheimsitzung trafen sich damals der Landkreis und das staatliche Schulamt, um die Schließung und damit den Abriß zu be-

schließen. Der Schulträger, die Stadt Eberswalde, war nicht eingeladen. Im Volksmund heißt das: Hinterzimmer-Demokratie. Der Landrat hatte ein Gespräch mit besorgten Menschen aus dem Stadtteil verweigert: »Keine Zeit!«

Wir machen Herrn Ihrke politisch mitverantwortlich für die Entwicklung im Brandenburgischen Viertel. Politisch verantwortlich ist er für eine verfehlte Schulpolitik in Eberswalde. Durch ihn entstehen große Schulkomplexe mit schönen Fassaden. Schülerinnen und Schüler werden nach Leistungen bestimmten Schulen zugewiesen. Es ist eine Zweiklassenbildung entstanden. Schulen sind nicht mehr bildungspolitische Zentren in den Stadtteilen. So hat auch das Brandenburgische Viertel erheblich an Substanz verloren. Es ist immer traurig und falsch, wenn Politiker sich als etwas Besseres fühlen und nur um der Macht willen regieren, dabei die Menschen aus dem Blick verlieren.

Die Mitglieder des Einsteinrates

Der Ruf des Mädchens

Warum ich die Kandidatur von Margitta Mächtig als Landrätin unterstütze

1. Weil sie im Konflikt um die 380-kV-Freileitung bewiesen hat, daß sie meint, was sie sagt. Weil sie als erste darauf hingewiesen hat, daß in den kommunalen Haushalten Mittel eingestellt werden müssen, um die erforderlichen Gutachten im Planfeststellungsverfahren zu finanzieren. Sie geht also die Dinge nicht nur grundsätzlich, sondern auch praktisch an und entwickelt Lösungsvorschläge.

2. Weil sie Probleme offen anspricht, auch wenn das manchen etwas unangenehm sein sollte. »Vornehme« Zurückhaltung ist nicht ihr

Ding, sondern Klarheit und Offenheit sind angesagt, das schätze ich an ihr.

3. Wenn wir mit dem politischen Personal das Märchen »Des Kaisers neue Kleider« inszenieren müßten, bekäme Bodo Ihrke die Rolle des Kaisers, das ist ja klar, den Hofschneider müßten wir noch finden, da gibt es viele begabte Kandidaten, aber nur Margitta Mächtig könnte glaubhaft das Mädchen spielen, das in den Hofschranzenapplaus gut hörbar hineinruft: »Der Kaiser ist nackt!«

HARMUT LINDNER, Senftenhütte

Gemeinsamer Wahlkampf Boginski & Ihrke

Zehn Tage vor Weihnachten starteten der noch amtierende Landrat Bodo Ihrke (SPD) und seine Partei in den »heißen« Wahlkampf. Neben den seit längerem permanent an die Presse verschickten Pressemitteilungen mit Ihrke-Foto stehen nun auch Plakatgroßaufsteller mit dem Konterfei des Kandidaten in der Stadt herum. Der Redaktionsleiter der lokalen Tageszeitung wagte in seinem Kommentar in der vorweihnachtlichen Wochenendausgabe schonmal eine vorsichtige Kritik. Presseleute haben das Ohr an der Masse.

AmtsINHABERN fehlt zumeist diese Fähigkeit. Auch dem Inhaber des Bürgermeisteramtes in Eberswalde, Friedhelm Boginski, scheinen diese und ähnliche Fähigkeiten, die ihm einst, als er sich zur Wahl als Bürgermeister stellte, zugestanden worden waren, mittlerweile abhanden gekommen zu sein.

Ansonsten wäre sein aktuelles Auftreten im Zusammenhang mit der anstehenden Land-

ratswahl nur schwer verständlich. Der Eberswalder Ortsverein der FDP hat sich dafür ausgesprochen, bei der Landratswahl am 10. Januar 2010 den Amtsinhaber zu unterstützen. Das ist legitim und ehrlich. Dem Eberswalder FDP-Mitglied Friedhelm Boginski steht es zu, die Auffassung seines Ortsvereins, an deren Zustandekommen er sicherlich nicht unmaßgeblich beteiligt war, auch öffentlich zu vertreten.

Allerdings ist Friedhelm Boginski nebenbei auch noch Bürgermeister der Stadt Eberswalde. Und als solcher Amtsperson, die für die gesamte Stadt – also für alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt Eberswalde – spricht. Und da ist die praktizierte einseitige Parteinarbeit für einen Landratskandidaten ganz sicher fehl am Platze. Oder genauer gesagt, eine Form von Amtsmissbrauch. Das beschädigt nicht nur die Person Boginski im speziellen, sondern auch das Bürgermeisteramt im allgemeinen. Schade.

GERD MARKMANN

Welche Aufgaben hat ein Landrat?

Als oberste Wahlbeamte ihrer Landkreise sind Landrätinnen und Landräte Teil der staatlichen Verwaltungsstruktur. Im Land Brandenburg wird diese Funktion im Teil 3 der Kommunalverfassung (§§ 122 bis 132) geregelt. Zugleich gibt ihnen die seit 2010 geltende Direktwahl den Status von Volksvertretern.

1. Kommunale Selbstverwaltung

In der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg heißt es zum Wesen und den Aufgaben des Landkreises (§ 122): *»Der Landkreis ist Gemeindeverband und Gebietskörperschaft«* – also zunächst erstmal nichts weiter, als der Zusammenschluß der Gemeinden mit eigener juristischer Rechtspersönlichkeit. Als solcher erfüllt der Landkreis *»in eigener Verantwortung alle die Leistungsfähigkeit der kreisangehörigen Gemeinden und Ämter übersteigenden öffentlichen Aufgaben«*, soweit nicht durch Gesetze anderes gilt *»und die Aufgaben nicht durch kommunale Zusammenarbeit erfüllt werden«*. Der Landkreis *»ergänzt«* die Selbstverwaltung der Gemeinden, *»trägt«* zu einem gerechten Ausgleich *»bei«* und *»fördert«* die wirtschaftliche, ökologische, soziale und kulturelle Entwicklung *»zum Wohle der Einwohner«*. Im weiteren schreibt dieser Paragraf das Subsidiaritätsprinzip fest, was bedeutet, daß der Landkreis nur dann Aufgaben den Gemeinden abnehmen darf, wenn dies *»notwendig ist«*, um Bedürfnissen der Kreiseinwohner *»in einer dem öffentlichen Wohl entsprechenden Weise zu genügen«*.

Das Dasein des Landkreises als Gemeindeverband kommt auch darin zum Ausdruck, daß für die innere Organisation, einschließlich des Kreistages und der Funktion des Landrates, weitgehend auf die Vorschriften für die Gemeinden (Kommunalverfassung, Teil 1) verwiesen wird (§ 131).

Besondere Regelungen, die ebenfalls die Bedeutung der Gemeinden herausstellen, gelten zum Kreishaushalt (§ 129). So soll der Haushaltsentwurf mit den Gemeinden und Ämtern *»frühzeitig erörtert«* werden und ist öffentlich auszulegen. Die Gemeinden können innerhalb eines Monats ihre Einwendungen geltend machen, über welche dann der Kreistag in öffentlicher Sitzung beschließt. Für die Finanzierung seiner Aufgaben hat der Landkreis gemäß § 130 zunächst seine *»sonstigen Finanzmittel«* zu nutzen. Reichen diese nicht aus, *»ist eine Umlage«* von den Gemeinden zu erheben (Kreisumlage), die in jedem Haushaltsjahr neu festzusetzen ist. Trotz der Einschränkungen des ersten Absatzes verfügt der Landkreis allerdings mit der Kreisumlage über ein Mittel, mit dem die finanzielle Selbstständigkeit der Gemeinden faktisch ausgehebelt werden kann.

In den bisherigen Darlegungen ist im Prinzip bereits die wichtigste Erwartung formuliert, die an einen im Sinne der Einwohnerinnen und Einwohner handelnden Landrat gestellt werden.

Im Mittelpunkt steht das Wohl der Menschen und deren kommunale Selbstverwaltung in den Gemeinden. Hier ist der Landkreis vor

allem Dienstleistungsbehörde – Diener der Gemeinden und der Bürgerinnen und Bürger.

Die Aufgabe des Landrats besteht darin, im Einvernehmen mit den Vertretern der Kommunen die zwischengemeindliche Kommunikation zu organisieren. Hier sind Führungsfähigkeiten gefragt. Hier muß ein Landrat Visionär sein und andere als Mitstreiter begeistern können. Gutsherren hingegen sind da fehl am Platze.

2. Untere Landesbehörde

Erst im letzten Paragrafen des Landkreisteils der Kommunalverfassung wird ein zweites Wesen und eine zweite Aufgabe formuliert: Die *»allgemeine untere Landesbehörde«*. Diese Aufgabe kommt allerdings nicht dem Landkreis an sich zu, der *»Selbstverwaltungskörperschaft«* ist, sondern ausdrücklich nur dessen oberem Vertreter, dem Landrat (§ 132).

Als untere Landesbehörde hat der Landrat *»die im Landkreis tätigen Landesbehörden in einer dem Gemeinwohl dienlichen Weise«* zu koordinieren. Die Institution Landrat *»führt die Rechts-Sonder- und Fachaufsicht«* über die Gemeinden und Ämter, einschließlich deren Zweckverbände, sowie über Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist und soweit der Landkreis als Selbstverwaltungskörperschaft nicht selber involviert ist. Als untere Landesbehörde ist der Landrat direkter Befehlsempfänger der Landesregierung. Er hat deren Entscheidungen zu beachten und muß ihr über alle Vorgänge berichten, *»die für die Landesregierung von Bedeutung sind«*. Er untersteht *»soweit Aufgaben der allgemeinen unteren Landesbehörde betroffen sind«* der Dienstaufsicht des Innenministeriums. In allen diesen Angelegenheiten ist der Landrat *»ausschließlich den ihm übergeordneten staatlichen Behörden verantwortlich«*. Obwohl damit faktisch Teil der Landesregierung, sind *»die für die Erfüllung der Aufgaben der allgemeinen unteren Landesbehörde erforderlichen Dienstkräfte und die erforderliche Sachausstattung von den Landkreisen zur Verfügung zu stellen«*.

In diesem Bereich ist der Landrat Obrigkeit und Zwangsorgan. Er hat auf die Einhaltung von Gesetzen zu achten – und zuallererst sich selbst daran zu halten. Es kommt auf klare Regeln an, die auch alle, die sich daran halten sollen, kennen müssen. Es gelten Recht, Gesetz und Ordnung – da darf kein Spielraum für Willkür sein.

3. Betriebsleiter

Neben dieser gesetzlich vorgegebenen Zweiter-Funktion als Bestandteil kommunaler Selbstverwaltung und gleichzeitigem obrig-

keitsstaatlichen Exekutivorgan, obliegen den Landräten weitere Aufgaben, die sich teilweise aus den bereits erwähnten Vorschriften des Teil 1 der Kommunalverfassung ergeben.

Sehr wichtig ist die Funktion des Leiters der Kreisverwaltung und des direkten oder indirekten Chefs der kreiseigenen Unternehmen. Hier muß der Landrat vor allem betriebswirtschaftliche Kenntnisse und Fähigkeiten umsetzen können, ohne dabei volkswirtschaftliche Zusammenhänge und vor allem das Wohl der Menschen aus dem Auge zu verlieren.

Auch hier müssen klare Regeln gelten, in deren Rahmen die Mitarbeiter der Kreisverwaltung mit möglichst hoher Eigenverantwortlichkeit an die Umsetzung ihrer Aufgaben gehen können. Bei der Stellenvergabe und der Bewertung der Mitarbeiter muß deren Leistung im Mittelpunkt stehen. Klientel-Beziehungen hingegen haben in einer modernen Verwaltung nichts zu suchen.

4. Repräsentant

Eine weitere wichtige Aufgabe erfüllt der Landrat als Repräsentant des Landkreises (§ 53). Zu den Aufgaben gehören die Vorbereitung der Sitzungen des Kreistages, dessen Mitglied Landräte amtsalber sind. Und ein Landrat vertritt die Selbstverwaltungskörperschaft Landkreis nach außen und nach innen.

Diese Funktionen sind nicht zu verwechseln mit der äußerlich durchaus ähnlichen Funktion als Büttel des Obrigkeitsstaats, als welcher uns der Landrat als untere Landesbehörde gegenübertritt. Da ist er Diener der Landesregierung ohne eigene Autorität, es gilt nur die Autorität der Gesetze.

Die Autorität als Repräsentant des Landkreises und seiner Einwohnerinnen und Einwohner muß hingegen in der Persönlichkeit des Amtsinhabers begründet sein. Nur dann wird sie von den Menschen anerkannt.

Ein Landrat mit wirklicher Autorität versteckt sich nicht hinter bürokratischen Windungen, die Verantwortung immer anderen hinschiebend. Ein Landrat mit wirklicher Autorität verwechselt den Begriff Moderation nicht mit dem Aufeinanderlossetzen von Streithähnen, um sich anschließend als Richter aufzuspielen. Ein Landrat mit wirklicher Autorität geht offen auf die Menschen zu und ist nicht nur zu Wahlzeiten in der Öffentlichkeit präsent.

Kurzum, für die Erfüllung dieser Aufgabe bedarf es einer ideell führenden Persönlichkeit mit Visionen, die für die Bündelung der Kräfte, gegenseitige Hilfe und Information steht. Eine Persönlichkeit, die von den Menschen im Landkreis Barnim anerkannt ist.

Erwartungen an eine Landrätin der LINKEN

In der Eberswalder Judenstraße warten am Abend des 10. Januar ungeduldig die Barnimer Roten Garden. Dann hören sie den Kanonenschuß des Kreuzers »Aurora«, der im Finowkanal an der Stadtschleuse vor Anker liegt. Der Sturm auf das Wunderpalais beginnt. In Eberswalde wird die Diktatur des Proletariats errichtet. Vom Fenster des Landratsamts aus ruft die neue Landrätin Margitta Mächtig die Rote Räterepublik Barnim aus...

Nun, dies dürfte ein eher unwahrscheinliches Szenario sein. Keineswegs unwahrscheinlich hingegen wäre, wenn am Abend des 10. Januar die Kandidatin der LINKEN als Gewinnerin der Landtagswahlen im Landkreis Barnim feststeht. Nein, die Räterepublik wird sie wohl dennoch nicht ausrufen.

Wozu dann aber eine linke Landrätin? Links der LINKEN sind Bedenken längst geäußert, die Landrätin der LINKEN könne und wolle nur das Geschäft von SPD und CDU etwas »besser« betreiben, dabei käme es doch darauf an, es »anders« zu machen.

Trifft der Vorwurf ins Schwarze?

Auch eine Landrätin der LINKEN wird sich den auf Seite 3 besprochenen »Aufgaben eines Landrates« stellen, wie sie in der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg formuliert sind. Der Amtsinhaber hat seine eigenen Auffassung über die Aufgaben eines Landrats auf seine Internetseite geschrieben und damit unfreiwillig schon einen Großteil der aktuellen Defizite offengelegt (www.bodo-ihrke.de). Hier gibt es ganz klar die Erwartung, daß es die Landrätin der LINKEN »besser« machen wird.

Konkreter ausgedrückt, sie muß vieles, was gesetzlich vorgeschrieben, überhaupt erstmal verwirklichen. Allgemeiner ausgedrückt, steht erstmal die Überwindung der gutsherrlichen, feudalen Strukturen und damit die Fortsetzung der bürgerlich-demokratischen Revolution – die vor 20 Jahren unter dem Namen »Wende« in Gang kam und 1990 unter aktiver Mitwirkung von Bodo Ihrke abgewürgt wurde – auf der Agenda.

An die Stelle der patriarchalischen Herrschaftsstrukturen gehört eine moderne Verwaltungsstruktur mit klaren Regeln in der die willkürfreie Anwendung und auf das Wohl der Einwohner (und nicht der Behörde) gerichtete Durchsetzung von Recht und Gesetz zur selbstverständlichen Gewohnheit werden. Das wird nur funktionieren mit selbstbewußten, fachlich befähigten und hoch motivierten Verwaltungsmitarbeitern, die ihre Aufgaben einschließlich ihrer Handlungsspielräume kennen und den Bürgerinnen und Bürgern mit Hochachtung gegenüber treten statt sie als lästige Bittsteller zu behandeln. Selbstredend muß die Landrätin der LINKEN auch dafür sorgen, daß die Verwaltungsarbeit effektiv mit möglichst geringem Aufwand erledigt wird. Denn es kostet das das Geld der Bürgerinnen und Bürger, das per Kreisumlage den Kommunen entzogen wird. Allein dies umzusetzen, wird viel Kraft erfordern und ist nicht von heute auf morgen zu erledigen.

Es »besser« zu machen, wird von der Landrätin der LINKEN aber nicht nur in den Bereichen der normalen Verwaltungsarbeit und in der Funktion als untere Landesbehörde erwar-



tet. Auch im Umgang mit den Kommunen kann Margitta Mächtig als Landrätin nicht einfach in dem Zustand weitermachen, wie ihn der »Kaiser des Barnim« hinterläßt. Auch hier steht auf der Tagesordnung, die Kommunalverfassung erst einmal mit Leben zu erfüllen. Eine im Sinne der Einwohner und ihrer kommunalen Selbstverwaltung handelnde Landrätin wird ihre Führungsqualitäten darauf richten, gemeinsam mit den Vertretern der Kommunen eine zwischengemeindliche Kommunikation zu organisieren, die von Solidarität, gegenseitigem Verständnis und dem Erkennen der Gemeinsamkeiten geprägt ist. Hier ist die Landrätin auch als Moderatorin gefragt, allerdings nicht – wie zwei Jahrzehnte lang praktiziert – um die Konkurrenz zwischen den Gemeinden zwecks Sicherung eigener Machtpositionen zu schüren, sondern um Konflikte einvernehmlich zu lösen.

Von einer Landrätin der LINKEN wird Transparenz und Bürgernähe erwartet, ganz nach dem bekannten Motto vom »gläsernen Rathaus« oder dem »gläsernen Landratsamt« als kreislichem Pendant. Ihre Visionen und Ideen wird Margitta Mächtig nicht mit ein paar Vertrauten verschwörerisch im Hinterzimmer oder mit trockenen Bürokraten am grünen Tisch erarbeiten, sondern in öffentlicher Diskussion gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern einschließlich deren Vertreter in den kommunalen Selbstverwaltungsorganen. Das schafft ihr das nötige Vertrauen unter den Bürgern und eine allseits anerkannte Autorität, mit der sie den Landkreis Barnim nach innen und nach außen als Landrätin der Bürgerinnen und Bürger würdig repräsentieren kann.

All das bisher genannte sind keine spezifisch linken Erwartungen. Doch die sogenannten bürgerlichen Parteien sind anscheinend nicht in der Lage, ihre »historische Mission« zu erledigen. Allein die Herstellung normaler bürgerlich-demokratischer Verhältnisse werden ein gehöriger Gewinn für die Menschen im Barnim sein. Hier kann die Landrätin der LINKEN vieles »besser« und damit »anders« als bisher machen.

Zugleich werden damit aber auch günstigere Bedingungen geschaffen, spezifisch linke Forderungen umzusetzen. Dazu gehören soziale Forderungen, bildungspolitische Vorstellungen, wirtschaftspolitische Ideen aber auch die generelle Förderung alternativer Ansätze im gesellschaftlichen Zusammenleben und in der Wirtschaft. Eine Reihe konkreter Forderungen haben die LINKEN bereits in ihrem Kommunalwahlprogramm von 2008 formuliert, auf das sich die linke Landratskandidatin Margitta Mächtig ausdrücklich bezieht. Das Wahlprogramm kann übrigens leicht auf der Internetseite der Barnimer LINKEN zu finden (www.dielinke-barnim.de). Auf Einzelheiten muß hier aus Platzgründen verzichtet werden.

So bleibt nur noch, als letzte Erwartung an die Landrätin Margitta Mächtig zu formulieren, daß sie zum einen gemeinsam mit den Kreistagsabgeordneten und allen ihren Unterstützern die Umsetzung des Wahlprogramms der LINKEN angeht und zum anderen aber auch offen bleibt für neue Vorschläge, die sich angesichts der mit ihr als Landrätin zu erwartenden politischen Aktivierung der Menschen im Barnim zweifellos ergeben werden.

GERD MARKMANN

Auf dem »Barnimer Weg«

Fragen an Margitta Mächtigt, Kandidatin der LINKEN zur Landratswahl am 10.1.2010

Barnimer Bürgerpost: Die Menschen im Landkreis Barnim spüren, daß sich etwas ändern muß. Du bist gut mit Ihren Problemen vertraut und Dich wollen viele von ihnen als Landrätin wählen. Kannst Du uns sagen, was unbedingt anders werden muß und wie das gehen wird?

Margitta Mächtigt: Die Barnimerinnen und Barnimer haben ein umfangreiches Informationsrecht. Informationen haben immer was mit Macht zu tun. Wer anderen Informationen vorhält tut dies in der Regel, um Macht ausüben zu können. Das paßt nicht in eine emanzipierte Bürgergesellschaft. Deshalb wird die Änderung der Informationspolitik der und in der Kreisverwaltung eine der ersten Aufgaben sein.

Du willst die Politik des Barnimer Weges fortsetzen. Mit dem Barnimer Weg setzt DIE LINKE erfolgreich auf Kooperation der politischen Kräfte. Als linke Landrätin wirst Du zukünftig den Ton angeben. Was wird das besondere an linker Politik werden? Wohin führt uns der Barnimer Weg?

Wenn Du nach dem »Ton« fragst, so wird es einen Wechsel von einem autoritären zu einem kooperativen Führungsstil geben. Das wird auch eine neue Herausforderung an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung. Aber ich bin überzeugt, sie nehmen diese Herausforderung gerne an.

Der Barnimer Weg funktioniert durch ein demokratisches kritisches Miteinander für eine nachhaltige Entwicklung des Landkreises Barnim und führt zu einem sozial gerechten, demokratischen und wirtschaftlich starken Barnim. Das kann und ist aber nicht nur Sache der LINKEN, da gilt es alle Akteure zusammenzubringen, um gemeinsam dieses Ziel anzugehen. Wir wollen eine nachhaltige, wirtschaftliche Entwicklung, die Arbeitsplätze schafft und sichert. Dabei meine ich Arbeit, von der man selbstbestimmt leben kann. Heißt also weg von der Unterstützung der Unternehmen im Niedriglohnssektor, hin zur Stärkung der Unternehmen, die mindestens Tariflohn bezahlen. Wir halten 8,50 Euro bis 10 Euro für die Größenordnung, mit der eben dieses selbstbestimmte Leben möglich ist. Das bedeutet nicht nur ein Umdenken in der Fördermittel- und Unterstützerlogik. Das bedeutet auch Entlastung des Kreishaushaltes von dauerhaften und ständig steigenden Kosten der Unterkunft, nutzt also den Menschen und dem Landkreis, ganz zu schweigen von den Gemeinden. Wir setzen da auf die Stärkung der ortsansässigen Klein- und mittelständischen sowie kommunalen Unternehmen und eine starke Kooperation zwischen unseren Schulen und Betrieben zur Ausbildungsübernahme.

Nach ihrem Wahlprogramm wollen DIE LINKEN eine solidarische und soziale Gemeinschaft und demokratische Mitge-

staltung erreichen. Die Landrätin ist den Einwohnern des Landkreises direkt verpflichtet. Wo ist die Gemeinschaft besonders unsolidarisch und unsozial? Wo fehlt es an demokratischer Mitgestaltung? Wie willst Du die größten Probleme angehen? Wie können wir Dir dabei helfen?

Die Gestaltung einer solidarischen und sozialen Gemeinschaft ist nicht die Sache einer einzelnen Person oder einer Gruppe. Ich setze da wirklich auf die vielen Initiativen, Vereine, Verbände, auf die Organisationen und Kirchen, auf unsere Dialogfähigkeit und den gemeinsamen Willen, den Barnim verantwortungsbewußt, solidarisch zu gestalten. Heißt für mich im übrigen auch, daß wir gemeinsam genauer Hinschauen müssen, welche Gemeinden stärkere kreisliche Unterstützung benötigen und welche sich mit eigener Kraft entwickeln können und müssen. Eine differenzierte Kreisumlage würde ich gern nochmal in die Diskussion der politischen Verantwortlichen werfen.

Eine große Rolle in der politischen Meinungsbildung kommt den Abgeordneten des Kreistages zu. DIE LINKE stellt im Kreistag die größte Fraktion. Wie willst Du die Abgeordneten aller Fraktionen motivieren und beteiligen? Wie kannst Du ihre Emanzipation fördern?

Nun, ich habe mich seit 1993 bemüht, daß wir im Kreistag den Gesprächskreis der Fraktionsvorsitzenden dauerhaft installieren. Leider hat der Landrat immer nur kurze Zeit dieses Gremium genutzt. Für mich wäre es eine dauerhafte Arbeitsebene, zu der auch die demokratischen Kräfte des Kreistages zählen, die keine Fraktionsstärke erreichten.

In der Schöpferkraft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamtes verbirgt sich ein großes Potential für die weitere Entwicklung. Wie willst Du diesen Schatz heben und den Angestellten das Vertrauen geben, das sich ihr Einsatz lohnt? Wie sieht eine bürgernahe und moderne Verwaltung aus?

Ach, diesen Schatz muß man nicht heben, der ist da. Ich denke, daß ich gemeinsam mit den Leitungsebenen und dem Personalrat die Eigenverantwortung stärken könnte und daß die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wenn sie merken, daß sie wirklich gefordert sind und gefördert werden, auch Lust auf Verantwortung haben. Und für mich schließt es das alte Motto: »Der Gast ist König« ein, was für eine Verwaltung heißt, sich zuallererst als Dienstleister zu verstehen und zu benehmen. In manchen Abteilungen gelingt dies schon, in anderen werden wir gemeinsam daran arbeiten. Was ich definitiv abschaffen würde ist, daß man Abgeordnete sagt: »Ich könnte Ihnen die Antwort geben, aber ich darf es nicht.« Ich weiß, dieser Weg ist steil, aber gangbar.

Das Gespräch führte Dr. Manfred Pfaff

Unterschied von Freiheit

Der Unterschied von Freiheit ist ein dialektisches Problem. Staatsrechtlich ist die Sache klar. Die wahlberechtigten Bürger überlassen der Obrigkeit gesetzlich begründet Kompetenzen, um das gegenseitige Zusammenleben zu verbessern. Das bedeutet auch, daß die Obrigkeit in diesen Angelegenheiten unbedingt unfrei sein muß. Nie darf sie die Regeln frei interpretieren, sondern muß sich selbst ausdrücklich an das vorher aufgeschriebene, für alle verständliche und verbindliche Recht halten.

Die wahlberechtigten Bürger hingegen sind frei. Sie dürfen den Rahmen der Gesetze frei ausschöpfen. Und wenn es der Mehrheit gefällt, lassen sich sogar die Regeln ändern.

Ohne diese dialektisch verbundenen Grundsätze ist eine demokratische Gesellschaft nicht möglich. Das schreibt sich so leicht daher. Die Wirklichkeit sieht ganz anders aus, wie jeder weiß. Auch das Landratsamt in Eberswalde bildet keine Ausnahme. Sei es aus Unwissenheit oder Gewohnheit, mit Vorsatz oder auf Weisung, auch diese Verwaltung erfindet ihre eigenen Regeln und hat ihre besonderen Kunden.

Die Angestellten im Landratsamt haben es also nicht leicht. Auf der einen Seite sind sie unfrei und entscheiden nach vorgeschriebenen Regeln. Auf der anderen Seite müssen sie als mündige Bürger ständig freie Entscheidungen treffen, sich wehren und sogar ihren Chef selbst wählen. Die Macht, vorgeschriebene Regeln auch durchsetzen zu können, unterscheidet sie von uns.

Mit der neuen Landrätin wird sich nicht unmittelbar, sofort und von selbst etwas ändern. Es geht allmählich, wie wir wissen. Aber die Absicht ist erklärt und der Plan liegt vor. Das Landratsamt soll das Zusammenleben der Menschen und deren Wohlbefinden verbessern. Alle Mitarbeiter im Landratsamt sollen besser arbeiten dürfen. Sie dürfen sich diese Freiheit nehmen und Erfolg haben und sich alle an die Regeln halten. Das ist zukünftig unbedingt erlaubt.

Die Durchsetzung dieses Grundsatzes erfordert zum einen eine kluge, moderne, menschliche Führung, die die Mitarbeiter im Landratsamt zu Selbstbewußtsein und Verantwortung ermuntert. Zum anderen sind einfache, klare und verständliche Regeln nötig. Dann werden die Abläufe schneller und übersichtlicher und die Verwaltung effektiver. Und wenn sie dann noch darüber reden, also gegenseitige Positionen austauschen, ohne das einer sofort weiß was richtig ist und der andere sich auch etwas sagen läßt, dann geht es vorwärts mit der Freiheit. Da finanzielle und materielle Mittel begrenzt sind, geht es um die Erschließung geistiger Reserven, namentlich um die Erfahrungen und das Wissen, die Schöpferkraft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, also um Kultur und nicht um Hektar Solarplatten, Tonnen Beton und Kilometer Straße.

Dr. MANFRED PFAFF

Warum ich Margitta Mächtig wähle!

von Dr. Helmut Koch

Vor den Wahlen ist es üblich und auch notwendig, daß die verantwortlichen Politiker Rechenschaft über ihre Arbeit ablegen. Das gilt auch für die Direktwahl des Landrates im Barnim. Dazu hat Landrat Ihrke schon im Vorfeld große Erfolge verkündet, die sich in Schlagzeilen wie »grandiose Aufbauleistungen« oder »Sternstunden für den Barnim« ausdrücken. Sicher gibt es auch im Barnim Erfolge, was aber keinesfalls ausschließt, daß man mit größerer Sachlichkeit und Bescheidenheit die Ergebnisse kritisch bewerten sollte. Da dies nicht geschieht, erlaube ich mir auf diesem Wege die einseitige Bilanz kritisch zu ergänzen und gleichzeitig für die Wahl von Margitta Mächtig zur Landrätin im Interesse von Veränderungen einzutreten.

Die Privatisierung der Eberswalder Stadtwerke und der fragwürdige Verkauf an Stromkonzerne ist nicht gerade ein Ruhmesblatt in der Kommunalpolitik, wofür Landrat Ihrke als Kommunalaufsicht eine hohe Mitverantwortung trägt. Hier sind gebunden an den Preis Spenden in Höhe von 900.000 Euro geflossen, die bekanntlich eine zweifelhafte Verwendung gefunden haben. Nach dem die »Spender« sechsstellige Strafen dafür gezahlt haben, ist diese Spendenaffäre nach Jahren weder politisch noch juristisch aufgearbeitet, obwohl die staatlich Verantwortlichen, unter ihnen auch Bürgermeister Boginski schnelle und schonungslose Aufklärung versprochen haben. Ex-Bürgermeister Schulz als Alleinverantwortlichen zum Sündenbock zu stempeln und damit diese Affäre unter den Teppich zu kehren, dürfte wohl zu einfach sein. Eine abschließende Klärung durch die Kommunalaufsicht des Kreises und der Einfluß auf ein juristisches Urteil sind mehr als überfällig.

Manche Politiker im Barnim und auch Landrat Ihrke beklagen oft die Politikverdrossenheit und geringe Wahlbeteiligung, die auch in der bevorstehenden Direktwahl von Bedeutung sein könnte. Die Hauptursachen dafür sollten nicht bei den Wählern sondern auch in der eigenen Arbeit gesucht werden. So war die SPD/CDU-Koalition im Barnim in der Vergangenheit ein williger Verfechter und Vollstrecker der Agenda 2010, Hartz IV-Gesetze und der Rente mit 67, die uns auch hier viele Tausend Hartz IV-Empfänger und Kinderarmut beschert haben. Ich habe in den letzten Jahren keine öffentliche Kritik der Verantwortlichen im Barnim dazu gehört, obwohl selbst in der SPD-Führung und vor allem an der Basis zunehmend Kritik an diesen unsozialen Maßnahmen geübt wurde. Im Gegensatz dazu ist Margitta Mächtig immer entschieden für die soziale Gerechtigkeit eingetreten und hat Veränderungen gefordert.

Die im Verhältnis niedrige Arbeitslosenquote wird als Erfolg der Kommunalpolitik verbucht, obwohl bei einer realen Betrachtung die Hauptursachen in der Gesamtentwicklung der Wirtschaft und nicht zuletzt in Tausenden von Pendlern, die in Berlin arbeiten, liegen. Leider wird diskret bei diesen pauschalen Erfolgsmeldungen die skandalöse Tatsache verschwiegen, daß auch im Barnim Tausende von Arbeitnehmern auf Grund niedriger Löhne und Tätigkeit bei Zeitarbeitsfirmen nicht von ihrer Arbeit leben können und auf staatliche Zuschüsse ange-



Der von Landrat Ihrke im Jahr 1991 maßgeblich mitinitiierte Abriß des Schweinezucht- und -mastbetriebs Eberswalde (SZME) kostete 900 Arbeitsplätze und 30 Millionen DM. Allein in den ersten Jahren danach flossen weitere 30 Millionen in den überdimensionierten Gewerbehauwerk, der auch heute noch überwiegend leer steht. Diese Wirtschaftspolitik zerstörte ohne Not funktionierende regionale Wirtschaftskreisläufe, zu denen neben dem SZME der Schlacht- und Verarbeitungsbetrieb in Britz, das naheliegende Mischfutterwerk und natürlich die landwirtschaftlichen Betriebe der Region gehörten.

wiesen sind. Hier sollten die leider engen Spielräume in der Kommunalpolitik für soziale Gerechtigkeit besser genutzt werden.

Nach der nunmehr 19jährigen Tätigkeit von Landrat Ihrke muß es auch erlaubt sein, die Frage nach der Nachhaltigkeit und Effektivität großer Investitionsvorhaben zu stellen. Ich denke dabei an den »zukunftssträchtigen« Gewerbehauwerk, wo einmal von 5.000 neuen Arbeitsplätzen gesprochen wurde. Zu diesem Zweck wurde bekanntlich das große und produktive Schweinezucht- und -mastkombinat mit einem Verlust von 900 Arbeitsplätzen und einem Aufwand von 30 Mio. DM abgerissen, obwohl reale Vorschläge für eine Weiterführung vorlagen, wo übrigens auch das Gülleproblem mit einem Bruchteil der Abrißkosten durch eine Biogasanlage oder ein Dekantersystem zur Feststofftrennung hätte gelöst werden können. Auf dem mit weiteren 30 Mio. DM erschlossenen überdimensionierten Gewerbehauwerk stehen auch nach 15 Jahren riesige Flächen leer und es besteht keine Aussicht auf eine Nutzung. Das im Zentrum von Eberswalde errichtete Kreishaus ist sicher bautechnisch und architektonisch interessant und ein bleibendes Denkmal für Landrat Ihrke. Es muß aber nunmehr die Frage gestellt werden, ob diese viel gerühmten besseren Bedingungen für die Verwaltung und die Bürgerinnen und Bürger wirklich über 30 Mio. Euro wert waren?

Auch die Kungeleien und Intrigen hinter den Kulissen zur Direktwahl des Landrates ha-

ben nicht gerade das Vertrauen in die Kommunalpolitik des Landrates gestärkt. So wurde bekanntlich der CDU der Posten eines ersten Beigeordneten angeboten, wenn sie auf einen eigenen Landratskandidaten verzichtet und auch der Linkspartei wurde – erfreulicherweise vergeblich – der Posten eines Beigeordneten zugesichert, wenn sie Landrat Ihrke unterstützt. Ein »Wahlzettel« für die Wahl des CDU-Beigeordneten, der nur ein Ja enthält, ist wohl die Krönung des Demokratieverständnisses.

Ich bin überzeugt, daß von Margitta Mächtig diese Hinterzimmerpolitik durch Sachlichkeit und Transparenz ersetzt wird. Solche Verhaltensweisen der Verantwortlichen können im Übrigen auch nicht dadurch aufgewogen werden, in dem Landrat Ihrke in letzter Zeit verstärkt in der Öffentlichkeit durch Übergabe von Schecks und Urkunden, Zerschneiden von Bändern bei Einweihungen, das freundliche Schulterklopfen in Betrieben bis hin zu Beförderungen und Belobigungen von Feuerwehrleuten versucht, sich populär zu machen.

Alles das sind für mich Gründe nach 19 Jahren Landrat Ihrke für frischen Wind im Landratsamt einzutreten. Margitta Mächtig von der Linkspartei, die über langjährige Erfahrungen in der Kommunalpolitik verfügt und sich durch konsequentes und sachliches Auftreten bewährt hat, würde ich deshalb als neuen Landrat begrüßen. Zu hoffen ist, daß sich möglichst viele Bürgerinnen und Bürger an der Wahl beteiligen.

Prüfstein Haustarifvertrag

»Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Bürgermeister, weitere Aktivitäten zur Verlängerung des Haustarifvertrages oder zu tarifvertragsersetzenden einzelvertraglichen Vereinbarungen erst nach einer politischen Meinungsbildung der Stadtverordnetenversammlung zu ergreifen.« So der Beschlusstrag, den die Fraktion Die Fraktionslosen in die StVV am 17.12.2009 einbrachte. Im Klartext: Der Bürgermeister sollte nicht an der Stadtverordnetenversammlung vorbei den bereits das sechste Jahr laufenden Sondertarifvertrag verlängern oder gar mit Hilfe von Einzelverträgen umgehen. Die Vorlage scheiterte. In namentlicher Abstimmung unterstützten nur 7 Stadtverordnete den Antrag, 23 stimmten dagegen, 4 enthielten sich. Damit hat Bürgermeister Boginski freie Hand und kann den Angestellten Einzelverträge aufnötigen, die weitere drei Jahre Lohnverzicht bedeuten. Nun wissen alle, woran sie sind.

Die Debatte am 17. Dezember schaffte Klarheit, wie es lohnpolitisch weitergeht, nämlich mit erzwungenem Lohnverzicht der Angestellten. Die Debatte zeigte aber auch, wo die verschiedenen politischen Kräfte in der StVV und die Verwaltungsspitze stehen. Bürgermeister Boginski wollte beim diesem Thema nichts anbrennen lassen, und nahm schon am Beginn der Debatte das Wort. Mit Bezug auf Pressemitteilungen zu Thema Tarifstreit relativierte er diese mit dem Hinweis, nicht er, sondern die Redakteure schreiben in der Zeitung. Herr Triller schreibe in seiner Zeitung (gemeint ist die Barnimer Bürgerpost), was er will.

Bürgermeister Boginski erklärte erneut wenig glaubhaft, er wolle keine betriebsbedingten Kündigungen. Er mache »das Letzte, um keine Leute auf die Straße zu setzen«. Zugleich behauptet er, ohne weiteren Lohnverzicht seien Kündigungen unvermeidbar. Andere Lösungen des Problems sieht er nicht, zieht sie gar nicht erst in Erwägung und weist Vorschläge dazu zurück. Da ein mit der Gewerkschaft vereinbarter Lohnverzicht nicht zu haben ist, will er diesen durch Arbeitszeitverkürzung mit entsprechender Lohnkürzung per Einzelvertrag durchsetzen. Das geschieht »freiwillig«, allerdings haben die Beschäftigten keine andere Wahl. Wer unterschreibt, erhält eine befristete Arbeitsplatzgarantie, wer nicht unterschreibt, riskiert, zu den Entlassenen zu gehören.

In Sorge, die Stadtverordneten könnten für die Vorlage der Fraktion Die Fraktionslosen stimmen, erklärte Boginski, daß er einen solchen Beschluß beanstanden müsse, weil er im Widerspruch zur Kommunalverfassung stünde. Eifrig wurde er vom Verwaltungsdezernenten Bellay Gatzlaff sekundiert, der aus dem Kommentar zur Kommunalverfassung zitierte und ebenfalls behauptete, so ein Beschluß wäre rechtswidrig. Es sei auch unzulässig, nun über die Rückkehr zum Tarifvertrag zu entscheiden, da im eben beschlossenen Haushalt 2010 bei den Personalkosten die Einsparungen durch

den Lohnverzicht eingeplant seien. Und schließlich sei die Entscheidung für Lohnverzicht eine »freie Entscheidung« der Mitarbeiters.

Die Aussage des Stadtverordneten und Rechtsanwalts Volker Passoke (Die Linke) zu Beginn der Debatte, er sehe kommunalrechtlich keine Probleme sieht und werde für die Vorlage stimmen, schien die übrigen Stadtverordneten weniger überzeugt zu haben, auch nicht die Mitglieder der eigenen Fraktion. Der Abgeordnete Jürgen Kumm sah in den letzten Jahren eine enorme Gehaltsentwicklung der Angestellten, sodaß der Lohnverzicht im Verhältnis dazu sehr gering wäre. Der CDU-Abgeordnete Christoph Eydam hatte Aufklärungsbedarf, für den nach fast fünfständiger Sitzung keine Zeit mehr war (Verwaltungsdezernent Gatzlaff hatte zuvor fast eine Stunde über die Tarifproblematik referiert, obwohl das zugrunde liegende Material allen Stadtverordneten per E-Mail zugegangen war!). Der SPD-Fraktionsvorsitzende Hardy Lux plädierte für die Wiederaufnahme der Gespräche mit der Gewerkschaft ver.di eventuell unter Hinzuziehung eines Schlichters. Der Gewerkschaftsvertreter Dieter Korte, der zu diesem Tagesordnung Rederecht erhalten hatte, erklärte, zur Möglichkeit der Wiederaufnahme der Gespräche könne er sich nicht äußern. Darüber müsse die Ver.di-Tarifkommission entscheiden.

Letztlich ging die Strategie der Stadtoberen voll auf: Ohne Rücksicht auf die in der Vorlage geforderte Aussetzung der Personalversammlung, wurden eine Woche vor der StVV-Sitzung Tatsachen geschaffen und den Angestellten faktisch als »Weihnachtsgeschenk« Einzelverträge zum Lohnverzicht angekündigt. Mit fast einstündiger »Information« des Verwaltungsdezernenten wurde den Abgeordneten die Zeit für die Diskussion gestohlen. Während die Vorlage eine gründlich vorbereitete Meinungsbildung in einer der nächsten Sitzungen der StVV zum Ziele hatte, wurde eine spontane Meinungsbildung in laufender Sitzung herbeigeführt, die das Thema vom Tisch der Stadtverordneten wischte. Der Bürgermeister hat gewonnen, aber sich auch demaskiert.

Bleibt die Frage, wo ist die Opposition in Eberswalde? Ein solch brisantes Thema, eine zutiefst soziale Frage, daß die Beschäftigten der Stadt für die schlechte Haushaltspolitik der Stadt zur Kasse gebeten werden, zwang die politischen Kräfte, Position zu beziehen. Die drei Abgeordneten der Fraktion Die Fraktionslosen, Dr. Andreas Steiner von den Grünen, Volker Passoke und Wolfgang Sachse von Die Linke, sowie ein weiterer Abgeordneter, das war das ganze Potential des Widerstandes gegen die unsoziale Lohnpolitik der Stadtoberen.

Die von Boginski hoch gelobte »beispielhafte« Stadt Eberswalde schafft sich eine von einer großen Mehrheit mitgetragene neue Vorzeigefunktion: Beispielstadt des Tarifbruchs.

ALBRECHT TRILLER

Exil dank Spendern

Der Jugend- und Kulturverein Exil e.V. nutzt zwei Baracken eines ehemaligen Außenlagers des KZ-Ravensbrück direkt neben dem Familiengarten Eberswalde. Seit dem Sommer 2007 besitzt der Exil e.V. die Baracken. Der Verein konnte diese mit Hilfe der Stadt Eberswalde von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben für einen Euro erwerben. Der ideelle Wert der Gebäude ist sehr viel höher. Im Land Brandenburg gab es in der Endphase des 2. Weltkrieges ein Netz von KZ-Außenlagern, die zu Leidenorten für viele tausende Menschen wurden. Nur noch an wenigen Orten erinnern bauliche Zeugnisse daran und bieten die Möglichkeit, sich aktiv mit der deutschen Geschichte auseinander zu setzen. Seit Oktober gibt es ein vom Metallbildhauer Eckhard Herrmann gestaltetes Monument, das auf das Eberswalder Lager aufmerksam macht und mahnt.

Obwohl die Baracken seit über zehn Jahren unter Denkmalschutz stehen, fehlen die notwendigen Mittel zu einem grundhaften Erhalt.

Darauf wurde die Landtagsabgeordnete Margitta Mächtig aufmerksam. Gemeinsam mit Bürgermeister Friedhelm Boginski warb sie bei der örtlichen Wirtschaft um Spenden für eine äußerst dringende Dachreparatur. Zum Jahresende standen dadurch dann sogar noch Fördermittel des Landkreises Barnim zur Verfügung. So kamen insgesamt 10.350 Euro zusammen und die Dachdeckerfirma Flay schaffte es pünktlich zum Jahresende das Dach zu reparieren und damit den Gesamtbau zu sichern.

Der Jugend- und Kulturverein Exil e.V. bekommt am 4. Januar (nächsten Montag) um 13 Uhr symbolisch von Margitta Mächtig einen Scheck überreicht und Margitta Mächtig und unser Verein möchten sich bei allen Spenderinnen und Spendern bedanken.

Wenn die Tage länger und wärmer werden, wollen wir für alle Spenderinnen und Spender ein kleines Fest veranstalten. Diese sind hier aufgeführt, wie sie von der Stadt Eberswalde an uns übermittelt wurden:

Firma Frank Dahms; Technische Werke Eberswalde; Forth Elektronik; Rainer Kattanek; Dachdeckerfirma Klein; Gemeinde Schorfheide; WHG Eberswalde; Gregor und Dörte Beyer; Umwelt-, Forschungs-, und Dienstleistungsgesellschaft Eberswalde (UWEG); Josef Keil SPD Bernau; Manfred und Ursula Graeber; Hartmut Lindner; Barnimer Busgesellschaft; Umschlag- und Hafentechnik Eberswalde (UHT); Drei Schilde Gebäudeservice; Thomas Vandrey; Eberswalder Wurst (EFG); Horst und Christina Gerbert (Wohnungsbau genossenschaft Eberswalde Finow); Tharo Straßen- und Tiefbau; Zeitarbeit-, Arbeitsvermittlung-, Projektmanagement Eberswalde (ZAP); Jörg Mertinkat; VIVATAS; Karen Oehler; Gesellschaft für Leben und Gesundheit (GLG); Sparkasse Barnim; Hans Christoph Axel Vogel; Karin Wagner; Deutscher Hotel- und Gaststättenverband; Eberswalder Brot- und Feinbackwaren; Zweckverband für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Eberswalde (ZWA); Projektbüro Dörner und Partner

Jugend- und Kulturverein Exil e.V.

Bündnis 90/Grüne Barnim:

Mit neuem Kreisvorstand

In ihrer Novembersitzung wählten die Mitglieder des Kreisverbandes Barnim von Bündnis 90/Die Grünen turnusmäßig einen neuen Kreisvorstand. Der bisherige Kreisverbands-sprecher Karl-Dietrich Laffin aus Eberswalde und die Schatzmeisterin Regina Satzer aus Panketal wurden wiedergewählt. Als zweiter Sprecher neu in den Vorstand gewählt wurde der Kriminalbeamte Thomas Dyhr aus Bernau. Er war bei der Bundestagswahl im September als Direktkandidat für die Grünen im Wahlkreis Barnim/Märkisch Oderland angetreten. Als neuer Beisitzer ist Stefan Böhmer aus Wandlitz im Vorstand vertreten. Er leitet mehrere Therapieprojekte im Barnim, zum Beispiel ein Heim für suchtkranke Menschen in Neu-dorf.

KARL-DIETRICH LAFFIN,
Sprecher des Kreisverbandes



Des neue Vorstand (v.l.n.r.): Thomas Dyhr, Karl-Dietrich Laffin, Stefan Böhmer. Es fehlt Regina Satzer.

UN-Simulation

Eberswalde (mh). Die Bewerbung war erfolgreich! Vom 25.-29. März 2010 fahren fünf Jugendliche aus Eberswalde unter der Leitung des Stadtverordneten Martin Hoeck (FDP) nach Kiel. Dort vertreten sie in einer Simulation der Vereinten Nationen (UN) die Bundesrepublik Deutschland. Es werden insgesamt 107 Teams, also 107 Länder dort vertreten sein. Dazu kommen noch NGOs, wie Attac oder Amnesty International. Als Vorsitzender im Ausschuß für Bildung, Jugend und Sport möchte Hoeck den Jugendlichen auch »den Spaß und die Wichtigkeit an internationaler Politik« zeigen, sagt er. »Dabei arbeite ich eng mit dem Kinder- und Jugendparlament (KJP) zusammen.« Es wird um Themen gehen, wie zum Beispiel die Kooperation zwischen NATO und UN, die Wahl von Mitgliedern in den Sicherheitsrat, Bekämpfung gegen den »Cyber-Terrorismus« und die Situation in Nepal. Deutschland wird wie folgt vertreten werden: In der Generalversammlung durch Robert Frenz (17), im Hauptausschuß 1 durch Kevin Spur (17), im Wirtschafts- und Sozialrat durch Gordon Eule (17), in der Kommission für Friedenskonsolidierung durch Aileen Schlemonat (21) und in der Kommission für nachhaltige Entwicklung durch Alexander Blum (21).

Mit Adлераugen betrachtet

Was erklärte da der gute (Ex-)Infrastrukturminister Dellmann im Oktober – ab 2015 könnte es losgehen mit dem Bau der B 167 als große Umfahrung, weit um unsere Stadt herum. Endlich sei eine Trasse gefunden bis hin nach Bad Freienwalde, die allen Bürgermeistern und Ortsvorstehern zusagt. Dabei wird uns die Müllkippe in Ostend als Lärmschutzwall dienen.

Ja, wollen wir das denn wirklich – eine Verkehrsberuhigung für alle Bürger in Eberswalde?

Aber klar doch, wir, die Stadtoberen wollen immer das Beste für unsere Bürger – bloß das hat ja noch gute Weile. Fünf Jahre sind eine lange Zeit. Wir brauchen viel früher Ruhe vor unserer Haustür! Drum bauen wir uns bis dahin unsere eigene kleine Umfahrung – »unseren Eichwerderring«. Naja, die Kosten – aber was sind schon 2,5 Mille aus dem Staatssäkel. Da darf man nicht kleingeistig denken, schließlich wird dieses Mal nichts in den Sand gesetzt –

höchstens in den Faulschlamm. Und bitte keine Grundsatzdiskussionen um die Notwendigkeit. Die Anlieger werden uns noch dankbar sein, sie hören und sehen doch täglich bis zu zwanzigtausend bunte Autos vorbeifahren.

Aber nichts ist hier umsonst – von wegen Autos gucken und Staub schlucken – das wäre ja noch schöner. Zahlen sollen sie, die Protestierer, diese Krämerseelen! Mit dem Zentimetermaß haben sie die Straße vermessen. Nichts da – genau dort wird der Verkehr fließen – oder stauen!

Es muß doch in jeden Bürgerkopf 'reingehen, daß wir hier Ruhe brauchen – wenn auch nur auf einem kleinen Stück Straße und dem Marktplatz. Schließlich müssen wir den Platz beleben, mit Kultur – findet ja jetzt schon öfters sonnabends statt. Das verbessern wir noch, wenn erstmal Ruhe ist. Und wenn wir uns selber auf den Platz setzen und singen – jawohl!

RUTH FRITSCHKE

Ver.di will Ost-West-Angleichung

Eberswalde (bbp). Der Streit um eine Verlängerung des für die Stadtverwaltung Eberswalde geltenden Haustarifvertrages bestimmte im Vorweihnachtsmonat die Schlagzeilen. Die Interessen sind klar bestimmt. Die Führung der Stadtverwaltung muß ausufernde Kosten in den Griff bekommen, während die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di in den 2010 anstehenden Tarifverhandlungen endlich die Ost-West-Angleichung schaffen will. Letzteres bedeutet neben linearen Gehaltssteigerungen vor allem auch die Angleichung der Arbeitszeiten. Damit würde die jetzt per Haustarifvertrag auf 38 statt 40 Wochenstunden verkürzte Arbeitszeit den Beschäftigten auch künftig zustehen. Dann allerdings mit Lohnausgleich.

Fakt ist, trotz der geltenden Arbeitszeitverkürzung für städtische Angestellte, steigen die Personalkosten der Stadtverwaltung allein von 2008 bis 2010 um etwa drei Millionen Euro* auf insgesamt rund 25 Millionen Euro. Mithin eine Steigerung von fast 14 Prozent in zwei Jahren, trotz rückläufiger Beschäftigtenzahl. Die Kosten pro Personalstelle stiegen seit 1997 von ca. 32.500 Euro auf ca. 54.500 Euro im Jahr 2010. Im Durchschnitt ist das eine jährliche Steigerung von etwas mehr als 4 Prozent. Nach eher moderateren Steigerungen um die 2,5 Prozent im ersten Jahrfünft des neuen Jahrtausends wird seit Beginn der Amtszeit von Bürgermeister Friedhelm Boginski bei den Personalkostensteigerungen kräftig zugehakt. Lagen die durchschnittlichen Kosten pro Stelle im Jahr 2006 noch bei rund 44.000 Euro sind für das Jahr 2010 wie erwähnt etwa 54.500 Euro pro Stelle fällig. Das entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Steigerung von 5,5 Prozent, mit der Spitze im Jahr 2009, als die Kosten pro Stelle gegenüber dem Vorjahr um rund 8,3 % stiegen.

Dabei sind diese überdurchschnittlichen Kostensteigerungen allerdings nicht allein auf tarifliche Lohnsteigerungen zurückzuführen. Während sein Amtsvorgänger die Personalkosten einerseits durch Lohnverzicht bei den Angestellten und andererseits durch massive Inanspruchnahme der Altersteilzeitregelung in den Griff bekommen wollte, setzte Boginski auf qualitative Änderungen, um letztlich die Stadtverwaltung insgesamt zu einer höheren Effektivität zu führen. Das setzte zunächst voraus, in qualifiziertes und hochmotiviertes – und damit höher bezahltes – Personal zu investieren. Dies führte neben den Kosten der Altersteilzeit zunächst zu den überdurchschnittlichen Kostensteigerungen beim Personal. Die Auswirkungen des veränderten Ansatzes hingegen werden erst in einigen Jahren wirksam werden. Das entsprechende Personalentwicklungskonzept haben die Stadtverordneten im Dezember 2009 beschlossen.

Die aktuelle Strategie der Gewerkschaft ver.di macht einen Strich durch diese Rechnung. Dabei sind es gar nicht mal die aktuell diskutierten 650.000 Euro pro Jahr, die bei Wiederaufnahme der vollen 40-Stunden-Woche fällig werden. Dafür würde ja auch mehr Arbeitsleistung zur Verfügung stehen. Wenn hingegen in der Tarifrunde 2010 nicht nur Lohnsteigerungen sondern zugleich Arbeitszeitverkürzungen vereinbart werden, würde dies auch das gerade beschlossene Personalentwicklungskonzept durcheinanderbringen.

* Die verwendeten Zahlen sind Diagrammen entnommen, die in einer Präsentation des Verwaltungsdezernenten Bellay Gatzlaff für die Personalversammlung am 8.12.2009 enthalten sind. Dementsprechend sind die verwendeten Werte stark gerundet.

»Zugvögel« mit der »Dreisten Theatergruppe«

Am Montag den 7. Dezember fand im Dietrich-Bonhoeffer-Haus im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde die Premiere des Theaterstückes »Zugvögel« statt. Die Frauen-Theatergruppe des Eberswalder Vereins Dreist e.V. hat mit viel Engagement und Freude ein Stück inszeniert, das beim Publikum sehr gut ankam und mit viel Applaus gewürdigt wurde.

Das von allen gemeinsam entwickelte und geschriebene Theaterstück handelt von neun Charakteren, die auf einem Bahnhof zusammentreffen. Durch die Verspätung des Zuges verwickeln sich die Geschichten der Personen miteinander. In der heutigen schnelllebigen Zeit hasten wir Menschen aneinander vorbei, ohne den anderen tatsächlich wahr zu neh-

men. Die Situation auf dem Bahnhof weckte in den Menschen Gefühle wie Solidarität, Empathie und Mitgefühl. Die vielfältigen skurrilen Szenen lösten beim Publikum Heiterkeit aus, und regten gleichzeitig zum Nachdenken an.

Die Darstellerinnen treffen sich zweimal im Monat im Dietrich-Bonhoeffer-Haus zur Probe. Unter der Regie der Schauspielerin Lotte Anke Loettel (www.la-lotte.de) proben die Frauen mit viel Spaß und Freude.

Wir hoffen, daß wir noch mehr von dieser Theatergruppe hören und sehen werden. Es war eine gelungene Vorstellung, die in einer lustigen Runde mit dem Publikum und den Darstellern beendet wurde.

BEATRIX von PAPPRITZ



Freibeuter mit Kaperbrief

Dreiste Abzocke in der Max-Planck-Straße

Am 10. Dezember schlug die kommunale Staatsgewalt mit aller Härte zu. An jenem Tage sollten in der Max-Planck-Straße im Eberswalder Leibnizviertel vor den Häusern Nr. 2 bis 10 die Parktaschen gereinigt werden. Um ein störungsfreies Arbeiten zu ermöglichen, wurde für diesen Tag ab 7 Uhr ein Halteverbot ausgesprochen.

Solche Maßnahmen wurde bisher mehrfach erfolgreich durchgeführt. Sie stoßen bei den Anwohnern auf großes Verständnis. Trotz der äußerst knappen Parkmöglichkeiten. Ausweichparkplätze stehen in diesem Bereich faktisch nicht zur Verfügung, auch weil ein großer Teil ehemals öffentlich zugänglicher Parkplätze durch Privatisierung liquidiert wurden (vgl. BBP 8/2008).

Nach den bisherigen Erfahrungen hatten die Reinigungsarbeiten nie vor 8 Uhr begonnen. Deswegen wurden die Fahrzeuge in der Vergangenheit auch meist erst in der Zeit zwischen 7 und 8 Uhr aus den Parktaschen weggefahren. In dieser Zeit fahren ohnehin viele Leute zur Arbeit und die Parksituation entspannt sich ein wenig. Denn dann stehen in der Nachbar-

schaft einige Ausweichparkplätze zur Verfügung.

Dies hatte bisher immer gut geklappt. Doch am 10. Dezember war es anders. Die betroffenen Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Eberswalde wurden Opfer einer widerlichen Abzocke durch die Stadtverwaltung. Bereits wenige Minuten nach 7 Uhr hatten Mitarbeiter des städtischen Ordnungsdienstes reihenweise Strafzettel verteilt. Formal juristisch mögen sie im Recht gewesen sein. Dennoch halte ich dieses Vorgehen für völlig unangemessen. Denn eine unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit bestand nicht und auch von einer Behinderung der Reinigungsarbeiten konnte keine Rede sein, da diese erst gegen 10.30 Uhr begannen.

In der »Bamämer Bürgerpost« 11/2009 hatte Albrecht Triller darauf verwiesen, daß im Ergebnis einer verfehlten Finanzpolitik Finanzpolitik in Eberswalde die Angestellten der Stadtverwaltung zur Kasse gebeten werden sollen. Bei den PKW-Besitzern in der Max-Planck-Straße ist dies bereits Realität geworden.

UDO MARKMANN

Günstige Chancen

DSL im ländlichen Raum

Entsprechend einer Anfrage des Landtagsabgeordneten Dr. Michael Luthardt im Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft stehen für den Ausbau des Breitbandnetzes (DSL) in ländlichen Gemeinden noch erhebliche Mittel zur Verfügung. Die Förderung erfolgt entsprechend einer Förderrichtlinie des Ministeriums, die seit 2008 in Kraft ist und nun aktualisiert wurde. Danach erhöhte sich der Fördersatz für die Gemeinden auf 90 Prozent und eine Beschränkung der Anzahl der geförderten Vorhaben ist ebenfalls weggefallen.

Um den Bedarf zu ermitteln, können Gutachten in Auftrag gegeben werden, die ebenfalls gefördert werden. Dies ist nach Meinung von Dr. Luthardt eine sehr gute und sichere Möglichkeit ist, die Lücken bei der Versorgung mit DSL im ländlichen Raum im Barnim zu schließen. Auskünfte erteilt Herr Thunemann von der WITO und das Ministerium (www.mil.brandenburg.de). CINDY PANZER

Stromversorger gewechselt

Eberswalde (bbp). Nachdem die Stadt Eberswalde vor fünf Jahren ihre letzten Anteile an den Stadtwerken Eberswalde GmbH zu sehr ungünstigen Konditionen veräußert hatten (BBP 3/2008), trennte sie sich nun auch von den Stadtwerken als Stromlieferant. Am 27. November beschlossen die Stadtverordneten, den Strom für das Rathaus und für die Hauptfeuerwache in den nächsten zwei Jahren vom Hamburger Ökostromlieferanten »Lichtblick« zu beziehen. Das Auftragsvolumen beläuft sich insgesamt auf knapp 127.500 Euro. Bei den Stadtwerken hätte die Stadt für die gleiche Leistung rund 3.000 Euro mehr bezahlen müssen.

Freibad Waldfrieden

Bernau (bbp). Die Sanierung des Freibades in Bernau-Waldfrieden steht seit langem auf der Wunschliste der Bernauer Bürgerinnen und Bürger. Der Bürgermeister Hubert Handke habe die Bernauer Stadtverordneten lange genug hingehalten, erklärte die Vorsitzende der Stadtfraktion der LINKEN Dr. Dagmar Enkelmann. »Immer wieder haben wir nachgefragt, Verhandlungen mit dem Land gefordert und immer wieder wurden wir vertröstet. Nun muß damit Schluss sein.« Nunmehr stünden erneut Landesgelder zwar zur Verfügung, würden aber von der Stadt nicht abgerufen. Daher werde die Fraktion in der StVV beantragen, daß der Bürgermeister aufgefordert wird, »mit dem Land eine verbindliche Vereinbarung zur Sanierung des Freibades Waldfrieden abzuschließen und die dafür von Seiten der Stadt notwendigen Gelder in den ersten Nachtragshaushalt einzustellen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß bei der Sanierung sowohl die Sanitäranlagen als auch die technischen Anlagen erneuert und Maßnahmen zur Verlängerung der Saison getroffen werden.«

Trotzdem Marktwirtschaft im Barnim! **Gewässerprivatisierung**

Um es gleich vorwegzunehmen: Wir sind für Wettbewerb, für wohlüberlegte Privatisierung und einen schlanken, aber schlagkräftigen Staat. Wenn man in diesen Tagen die MOZ aufschlägt, kann man oft Abhandlungen zu diesem Thema finden: Zuletzt fiel uns der Artikel »Mehrheit setzt auf öffentliche Hand« (MOZ am 19.11.09) ins Auge, wonach der Anteil der Privatisierungsgegner in den neuen Bundesländern bei ca. 66 % liegt. Weitere Vorbehalte gegen Schwarz-Gelb betreffen die Steuersenkung, weil sie vermeintlich zu einer »drastischen Umverteilung von unten nach oben« führt...

Ins gleiche Horn stoßen die Autoren von Zeitungsartikeln und Fernsehberichten, in denen pauschal die Nachteile dieser liberalen Kernforderungen behandelt werden. Als kritischer Leser bzw. Zuschauer sollte man sich dann fragen, warum es liberale Menschen gibt? Es ist nicht nur der betuchte Mittelstand! In den Reihen der FDP, auch bei uns im Barnim, sind alle Berufsgruppen vertreten: vom Schüler bis zum Millionär.

Wir setzen uns gegen das Vorurteil zur Wehr, daß wir nur unsere Schäfchen ins Trockene bringen wollen. Wir, die Liberalen im Barnim, sind für Soziale Marktwirtschaft, denn nur der kleine und mittlere Unternehmer mit guten Aufträgen bringt Arbeitsplätze und zahlt Steuern. Und: Aufträge hat er nur dann, wenn die Marktwirtschaft funktioniert. Der Staat als Unternehmer hat im Westen wie im Osten, in sozialistischen wie in »kapitalistischen« Ländern

meist versagt. Privatisierung bedeutet zunächst, daß keine unnötigen Steuermittel verschwendet werden! Denn – im Gegensatz zur gängigen Meinung – öffentliche Betriebe arbeiten selten oder nie mit Gewinn, sondern erzeugen Verluste! Die muß der Steuerzahler tragen. Wir setzen uns also für Privatisierungen ein, weil sie eine Voraussetzung sind für Arbeit und Steuersenkung, und weil wir wissen, daß nur Gewinne von Unternehmern zu Steuereinnahmen des Staates führen!

Die Steuersenkung ist – wie die Privatisierung – ein Ziel, welches sich aus unserer Überzeugung ergibt, daß die soziale Marktwirtschaft die beste Lösung für unsere Gesellschaft ist. Aber Marktwirtschaft funktioniert nur gut, wenn die Menschen möglichst eigenverantwortlich miteinander handeln können. Durch das Steuerunwesen wird lediglich der Schwarze Markt gefördert.

Über die Notwendigkeit der öffentlichen Finanzierung von Aufgaben, wie z. B. der Bildung oder der Hilfe für Bedürftige, gibt es bei uns keine Diskussion! Aber diese Aufgaben müssen so organisiert sein, daß keine unnötigen Steuermittel in der Bürokratie hängen bleiben.

Deswegen sprechen sich Liberale für einen schlanken Staat aus. Jeder Euro Steuergeld hemmt das Wirtschaftswachstum, schwächt die Marktwirtschaft und lähmt die Kreativität der Bürger, bevor eine kleine soziale oder andersgeartete Wohltat damit bezahlt wird!

D.-J. BAHNSEN und S. FISCHER

Landesregierung soll mit Bund verhandeln

Eberswalde (hp/js). Die Bundesregierung hat der Verantwortlichen für Naturschutz in der Bundestagsfraktion DIE LINKE., Sabine Stüber, auf Anfrage mitgeteilt, daß das Land Brandenburg bisher nicht an den Bund herantreten sei, um sich über ein künftiges Verfahren zur Privatisierung von Seen und Gewässern zu verständigen. »Die Antwort verwundert mich sehr« meint dazu die Abgeordnete. »Brandenburg ist das Land mit den meisten zur Privatisierung anstehenden Seen und Gewässern. Ich fordere deshalb die Brandenburger Landesregierung auf, umgehend an die Bundesregierung heranzutreten und sich mit ihr über das künftige Verfahren zu verständigen.« Sabine Stüber verweist in diesem Zusammenhang auf die Petition an den Petitionsausschuß des Bundestages, mit der ein Moratorium zum Verzicht auf weitere Privatisierungen von Seen und Gewässern gefordert wird und die von 28.612 Bürgerinnen und Bürgern mitgezeichnet und von rund 55.000 weiteren Bürgerinnen und Bürgern per Unterschriftensammlung unterstützt wurde. »Ich biete der Landesregierung meine Unterstützung bei der Vermittlung von derartigen Gesprächen an«, erklärt die Bundestagsabgeordnete.

»Es ist fatal, daß sich Bundesregierung und BVVG offenbar über den Willen von Bürgerinitiativen, Kommunen und vielen anderen Engagierten in Ostdeutschland hinwegsetzen und 2010 die Verkäufe von Gewässern fortsetzen wollen«, ergänzt ihre Fraktionskollegin Dr. Dagmar Enkelmann. »Es kommt jetzt zum einen darauf an, den öffentlichen Druck gegen die Gewässerprivatisierung weiter zu erhöhen. Das Verkaufsmoratorium muß bis zu einer Neuregelung im Interesse der ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger bestehen bleiben. Zum anderen gilt es vor allem, in den gesetzlichen Grundlagen der BVVG endlich den Privatisierungsauftrag, der letztlich auf den Verkauf an den Meistbietenden hinausläuft, zu streichen. Dieser wirkt sich bei Gewässern, aber auch bei der Nutzung von Wäldern und anderen Flächen zum Nachteil der öffentlichen Hand und der Unternehmen in Ostdeutschland aus. Um das zu ändern, wird die Fraktion DIE LINKE im Bundestag Anfang 2010 entsprechende parlamentarische Initiativen auf den Weg bringen.«

Verboten kämpferisch!

Seit dem 11.12. darf die Freie ArbeiterInnen Union (FAU) Berlin sich per Einstweiliger Verfügung nicht mehr Gewerkschaft nennen. Das bedeutet de facto ein Verbot dieser kleinen kämpferischen Gewerkschaft. Ausgelöst wurde die juristische Maßnahme von der Geschäftsführung des Kinos Babylon Mitte, die damit offensichtlich die kämpferische Selbstorganisation der Beschäftigten in ihrem Betrieb lahmlegen möchte. Im Babylon ist ein großer Teil der Belegschaft in der FAU organisiert und wird von ihr seit Monaten erfolgreich bei Arbeitskämpfen unterstützt.

Eine Veranstaltung mit Dr. von Prollius, Berlin, zur **Marktwirtschaft** findet am 7.1.2010 um 19 Uhr, im Schwarzen Adler, Berliner Str. 33, Bernau, statt.

Wie versprochen: Keine Steuererhöhungen!

Da hat doch kurz vor Weihnachten noch so ein BRD-Experte*, also einer von den Elite-Ökonomen in diesem Land, die Idee einer Ethiksteuer ins Gespräch gebracht.

Diese sollte von allen Gottlosen eingesammelt werde, die bisher von der Kirchensteuer verschont geblieben waren. Die Absicht – außer dem Bürger in die Tasche zu greifen – war, auch Nichtkirchliche, die kirchliche Einrichtungen nutzen, an den Kosten zu beteiligen, und vielleicht die Anzahl der Kirchenglieder zu senken. Außerdem wäre eine Steuer da, ohne Steuererhöhung, wie es die schwarz-gelben Parteien versprochen haben. Erhöhen kann man später die Steuern, wenn sie einmal da sind, immer noch, siehe Zinssteuer.

Über weitere Konsequenzen darf man dann spekulieren. Was passiert, wenn die Kirchen ihre Steuern senken würden? Kämen dann mehr Gläubige in die Kirchen, weil die Ethiksteuer teurer wäre? Oder was passiert, wenn das politisch beliebte aber dumme Gequatsche

von mehr Wettbewerb die Kirchen erfaßt? Dann könnte man seine Kirche nach dem günstigsten Steuertarif auswählen, oder gar die Religion aus Kostengründen wechseln. Vielleicht würde dann auch jemand, der keine kirchlichen Leistungen wünscht, einer billigen Inter-netkirche beitreten?

Ein Risiko hätte man allerdings noch. Vor einigen Jahren gab es an der Eberswalder Fachschule eine Ausstellung zu den Religionen dieser Welt. Dort war auch der Kommunismus als Religion vertreten. Wenn nun die Kommunisten eine niedrige Steuer hätten, dann würden vielleicht viele aus Spartrieb zu den Kommunisten wechseln. Aber diese wollen ja das Geld abschaffen, was zu Folge hätte, Schäuble wird arbeitslos. Eine verlockende Vorstellung.

U. MÜLLER

* Der Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle Prof. Dr. Ulrich Blum hat am 22.12. presswirksam die Einführung einer Ethiksteuer vorgeschlagen.

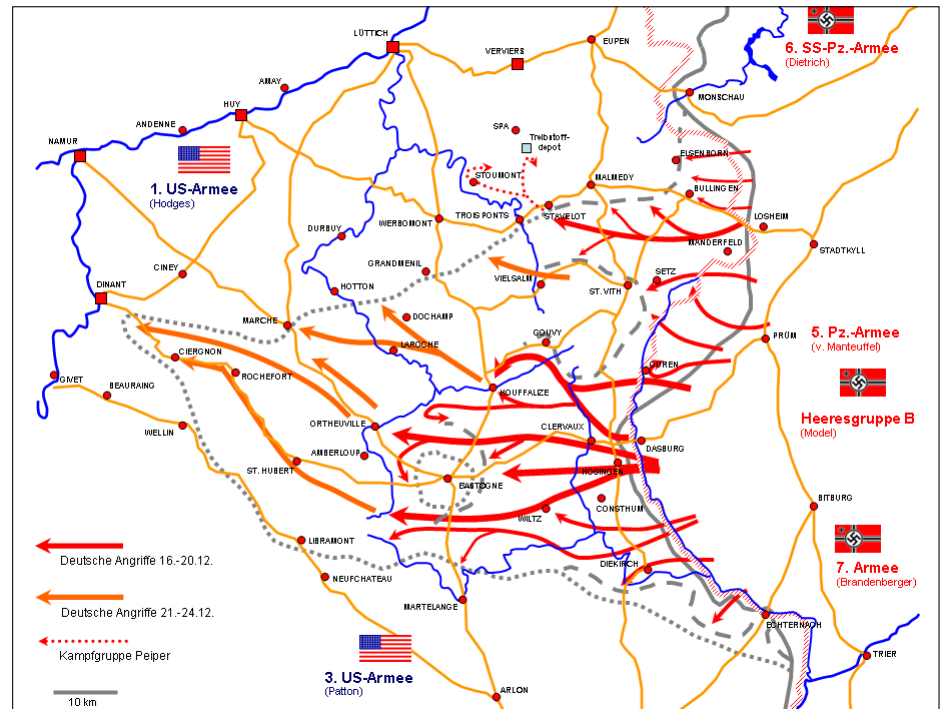
Das faschistische Oberkommando zog eine beträchtliche Streitmacht zusammen. Zu Beginn der Ardennenoffensive bestand die deutsche Angriffsgruppierung aus 21 Divisionen mit rund 900 Panzern und Sturmgeschützen. Hauptkraft war die 6. SS-Panzerarmee mit 9 Divisionen. Es waren »die letzten Groschen eines bettelarm gewordenen Mannes«, wie der ehemalige Chef des Generalstabs des Heeres Franz Halder später schrieb.¹

Am frühen Morgen des 16. Dezember 1944 begann die Offensive in den Ardennen, wo die deutsche Aufklärung den am schwächsten besetzten Frontabschnitt der Alliierten ausgemacht hatte. Auf siebzig Kilometer Breite wurde die Front durchbrochen. In den ersten Tagen waren die überraschten US-Truppen kaum in der Lage, organisierten Widerstand zu leisten. Doch die Angriffskraft der deutschen Wehrmacht erschöpfte sich, bevor die weitreichenden Ziele auch nur annähernd erreicht werden konnten. Die 6. SS-Panzerarmee, die eigentlich bereits am zweiten Operationstag die Maas forcieren sollte, wurde bei Malmedy in schwere Kämpfe verwickelt. Am weitesten kamen die Panzerdivisionen der am südlichen Flügel vorrückenden 5. Panzerarmee voran. Am 24. Dezember näherten sich ihre Vorausabteilungen der Maas bei Dinant bis auf neun Kilometer.² Dann konnten sie nicht weiter vorstoßen, da die Panzer keinen Treibstoff mehr hatten. Bis zum 26. Dezember hatten die Truppen des inzwischen aus dem Nordabschnitt hierher verlegte XXX. britische Armeekorps die Vorausabteilungen vernichtet. Bis zum Jahreswechsel hatten die Alliierten rund die Hälfte ihrer an der Westfront eingesetzten Kräfte gegen den Durchbruch in den Ardennen zusammengezogen und so »eine zusammenhängende Abwehrfront« geschaffen.³ In langsamen Angriffen gingen die britischen und US-amerikanischen Truppen die Flanken des entstandenen Frontvorsprungs vor. Bis zum 13. Januar 1945 hatten sich die deutschen Angriffe auch an anderen Abschnitten der Westfront, wie im nördlichen Elsaß festgefahren. Zur gleichen Zeit ging die Rote Armee an der Weichsel zur Offensive über und erreichte bis Anfang Fe-

Der letzte Versuch:

Die Ardennenoffensive

Vor 65 Jahren, in der Weihnachtszeit 1944, unternahm Hitler-Deutschland den letzten Versuch, die bereits absehbare militärische Niederlage noch einmal abzuwenden. Politisches Ziel war der Bruch der Koalition zwischen den USA, Großbritannien und der Sowjetunion um so die eigene Macht zu erhalten. Der Überraschungsangriff an der Westfront sollte den alliierten Armeen eine Niederlage bereiten und dadurch Voraussetzungen für einen Separatfrieden mit den USA und Großbritannien schaffen.



bruar die Oder, rund 60 Kilometer vor der Reichshauptstadt Berlin. Die 6. SS-Panzerarmee und weitere Kräfte wurden eiligst aus dem Kampf gezogen und an die Ostfront verlegt.

Innerhalb eines Monats hatte die faschistische Wehrmacht den Westalliierten zwar beträchtliche Verluste zugefügen können. Deren Angriffe auf das Reichsgebiet verzögerten sich um etwa ein Vierteljahr. Das Hauptziel jedoch, das Zerbrechen der Koalition, konnte nicht erreicht werden. Die Offensivkräfte der faschistischen Wehrmacht waren nun endgültig ver-

braucht. Ein halbes Jahr nach Beginn der Ardennenoffensive war Hitler tot und die bedingungslose Kapitulation Deutschlands besiegelt. G.M.

1 Franz Halder: Hitler als Feldherr, München 1949, S. 59 f. (nach »Geschichte des zweiten Weltkrieges«, Band 9, Militärverlag der DDR)

2 Wikipedia

3 Percy E. Schramm (Hrsg.): Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht, Band 4, Teilband 2, S. 1345 f.

Karte: Wikipedia

Im Wintersemester 2009
behrten die Studenten
– ganz unerwartet –
gegen die vor vielen Jahren
in Bologna
vereinbarte Studienreform auf,
die sie,
so ihre Rede auf den Flugblättern,
um ein umfassendes
selbstbestimmtes Studium
12| betrügt.

Die fünfte Grundrechenart

Sie sagen, »Humboldt, ade!«, aber, das muß doch jedem klar sein, daß wir in der Finanzkrise, seit der wir wirklich scharf rechnen müssen, es uns nicht mehr leisten können, jedem Schüler auch die höheren Rechenarten zu vermitteln.

Hier müssen wir uns wohl auf lange Sicht damit bescheiden, nur noch die vier Grundrechenarten auf allgemeine Kosten zu vermitteln. Das ist nur ein Beispiel, das gilt für alle Fächer; jedes auf seine Weise.

Und natürlich können wir die Hochschulen und Universitäten da nicht aus-

nehmen. Wer mehr will, so ist das nun mal in Zeiten knapper öffentlicher Kassen, muß auch mehr zahlen wollen.

Das ist aber nicht mehr Sache des Staats, sondern hier ist die Privatinitiative gefragt, die in diesem Land zwar auch unterentwickelt ist, aber durch unsere konsequente Sparpolitik doch einen gehörigen Aufschwung erfahren wird. Da bin ich ganz optimistisch.

Für Pessimismus besteht wirklich kein Grund.

HARTMUT LINDNER

Die »Ardennenoffensive« des Jahres 2009

Was sich bereits seit zwei Jahren im Land Brandenburg abzeichnete, wurde nach den Landtagswahlen vom September 2009 schnell Gewißheit. Statt die totgelaufene Regierungspartnerschaft mit der zunehmend desolaten Landes-CDU fortzusetzen, schloß die Brandenburger SPD mit Ministerpräsident Platzeck an der Spitze eine Koalition mit den Linken. Doch das paßte so manchem nicht in den Kram. Da ist zum einen die von den Machtpfänden vertriebene Landes-CDU, zum anderen die neue CDU/FDP-Koalition im Bund. Mit einer medialen Herbstoffensive sollte die Koalition zwischen SPD und Linken zerbrochen werden. Als Hauptstoßkraft fungierte die Stasiunterlagenbehörde der Marianne Birthler. Einer willfährigen Presse spielte man in wohl-dosierten Häppchen wochenweise »Enthüllungen« über »neue Stasifälle« zu. Wie es der Zufall wollte, betrafen sämtliche öffentlich gemachte »Fälle« Landtagsabgeordnete der Linken. Die Betroffenen erhielten die Nachricht, daß über sie Nachrichten existierten, regelmäßig erst aus der Presse. Vorverurteilungen waren der übliche Umgang. Nur am Rande fand Erwähnung, daß die meisten Vorwürfe bereits seit den 90er Jahren öffentlich bekannt waren.

Lediglich in zwei Fällen brachte die »Informationspolitik« der Birthlerstelle tatsächliche Neuigkeiten an den Tag. Die beiden Abgeord-

neten hatten damit gegen die bei den Linken geltende parteiinterne Regelung verstoßen, bei der Aufstellung als Abgeordnetenkandidat oder vor der Wahl in Parteiämter die politische Biografie, einschließlich einer eventuellen offiziellen oder inoffiziellen Arbeit für Geheimdienste, offenzulegen. Insofern war es konsequent, daß die eine Betroffene ihr Mandat aufgab, und etwas weniger konsequent, daß der andere aus der Fraktion der Linken austrat, aber sein Mandat behielt.

Beim genaueren Hinsehen schwindet das Verständnis für das Schweigen der beiden im entscheidenden Moment der Kandidatenaufstellung. Denn auch hier bleibt im Prinzip nur heiße Luft übrig. Der eine hatte seine Verpflichtungserklärung als Minderjähriger unterschrieben – in Bereichen, wo bürgerliches Rechtsverständnis gilt, würde man von einer »nichtigen« Unterschrift sprechen. Ohne weitere Wertung blieb die Tatsache, daß seine Zusammenarbeit mit dem MfS bereits vor rund 35 Jahren endete. Aber bei Mord und Stasimitarbeit gleichermaßen gibt es ja im »Rechtsstaat« keine Verjährung. Zu erzählen, wie der Betroffene heute die ganze Angelegenheit sieht, gab ihm niemand die Chance.

Bei der zweiten Betroffenen liegt die Sache klarer. Sie arbeitete für die Auslandsaufklärung der DDR. Da wäre eher von staatsbürgerlicher

Pflicht zu sprechen, der sie damals nachkam. Zumindest hat sie sich da moralisch nichts vorzuwerfen. Vom Verschweigen vor den eigenen Genossen abgesehen.

Nachdem sich der CDU-Fraktionsvorsitzende Dombrowski bereits vollends der Lächerlichkeit preisgegeben hatte, indem er zur Landtagskonstituierung im Knast-Kostüm auftrat, erreichte mit den zuletzt vorgetragenen Angriffen gegen den Barnimer Landtagsabgeordneten Michael Luthardt auch die aktuelle Stasi-Offensive einen Punkt, an dem sie von niemandem mehr ernst genommen werden konnte. Offenbar waren in den Birthler-Archiven keine Neuigkeiten mehr aufzutreiben, so daß nur noch dessen – längst öffentlich gemachte – Tätigkeit als Wachsoldat zur Sensation aufgebaut werden konnte. Doch dann war, wie vor Dinant, der Treibstoff alle.

Der CDU und ihrer Stasi-jägerbehörde gelang es im Verlaufe ihrer anderthalbmonatigen Herbstoffensive ihren Gegnern in SPD und Linke empfindliche Schläge zu versetzen. Ihr Hauptziel jedoch, das Zerbrechen der Koalition, konnten sie nicht erreichen.

Auch wenn es entsprechende Versuche sicher weiter geben wird, hat damit die »Stasi-Keule« als Wunderwaffe in der politischen Auseinandersetzung ausgedient.

GERD MARKMANN

Die endlose Geschichte...

Man kann sich darüber streiten, und man sollte es auch tun, ob die endlosen Stasidebatten, die immer mal wieder, je nach politischer Wetterlage, ausgelöst werden, sinnvoll sind oder nicht. Ob man, auf daß auf diesem Felde endlich Ruhe einkehre, die Akten geschlossen werden sollten oder nicht. Ob es vertretbar ist, Leute, die durch Spitzelei fraglos große moralische Schuld auf sich geladen haben, auf Lebenszeit zu verteufeln. Sicher ist indes – und daran ist die öffentliche Meinungsmache keineswegs schuld –, daß mehrheitlich die Leute im Lande den Denunzianten von einst mit Vorbehalten begegnen. Von Kindesbeinen und ersten Schuljahren an haben wir alle intus, daß man nicht petzt, daß man mit Freunden nicht maskiert umgeht, daß es unehrenhaft ist, andere in die Pfanne zu hauen. Freilich liegen die Dinge anders, wenn es um Strafbares geht.

Wer aber Vertrauen mißbraucht, indem er Gesinnungen ausspäht und Meinungen nachschnüffelt und dafür noch belohnt wird, offenbart charakterliche Defekte, die kaum zu unterbieten sind. Es existiert kein anständiges Motiv für Verrat an seinen Mitmenschen, mag die Stasi dergleichen auch immer wieder behauptet haben. Die Mielkeschen mußten schon zur Wertumkehrmethode greifen, um ihre Zuträger zu rekrutieren. Naive Naturen fielen darauf rein, daß es ein Beweis der

»Treue« (zur Arbeiterklasse) sei oder ein Beleg für einen gefestigten Standpunkt oder eine »ehrenhafte« Aufgabe, sich als IM »ehrenamtlich« zu verpflichten. Nur so ist es zu erklären, daß Eheleute einander belauerten, Oberschüler unangepaßte Lehrer verpöfften und Westfernsehgucker registriert wurden. Die Mehrheit der Auserwählten ließ sich schon nach dem ersten Kaderngespräch auf die schäbige Kooperation ein; andere mußten länger gelockt werden mit der Aussicht auf Privilegien; einigen flötete man was vor von »Macht« über andere – bei »Memphis« gab es gute Psychologen. Fälle von Erpressung waren seltener, und manche wurden später als Entlastungslügen enttarnt, wie das Beispiel eines Fußballers von Dynamo Dresden beweist, dem die Stasi angeblich die Heiratserlaubnis verweigert hat, sofern er nicht ...

Das Stasi-Problem ist vor allem ein Ostproblem, das man – Stolpe hin und Güttler her – mit einer gewissen Genüßlichkeit den Linken seit ihrer PDS-Zeit anlastet. Tatsächlich hat sich die Partei nicht immer geradlinig verhalten und nicht immer konsequent. Mit dem Beschluß von 1990, daß jeder Genosse, der sich um ein politisches Amt bewirbt, seine eventuellen Kontakte zum MfS offenlegen müsse, wurde ziemlich hemdsärmelig umgegangen, was regelmäßig zu »Skandalen« und zu Stimmenver-

lusten führen mußte. Zwar machen die bürgerlichen Medien bis heute keinen Unterschied, ob sich jemand offenbart, bei den Opfern entschuldigt und seither als glaubhaft verändert bewiesen hat oder nicht – für die Menschen im Lande, die Wähler, spielt das schon eine Rolle.

Daß nun ausgerechnet aus der Linksfraktion des Landtages erneut nicht nur peinliche, sondern auch beschämende Nachrichten kommen und zwar zu einer Zeit, da die neue Koalition ohnehin unter dem Trommelfeuer des bürgerlichen Lagers steht, ist, mit Verlaub, zum Kotzen. Man muß nicht nur am Gewissen der Ex-IM zweifeln, sondern auch an deren Verstand, der offensichtlich nicht ausreichte, sich das auszumalen, was nunmehr eingetreten ist – zum Schaden der Linkspartei und zur hämischen Freude der CDU, die gratis zu einem gefundenen Fressen kam.

Wann wird sich endlich bei allen Linken und in Sonderheit bei denen, die sich bisher in Verdrängung und Schweigsamkeit übten, die Binsenweisheit durchsetzen, daß reiner Tisch zu machen ist, bevor man sich in ein politisches Amt drängelt? Wer seinerzeit Verrat an sogenannten »negativ-feindlichen Elementen« übte und heutigentags die Partei beschwindelt, kann sich nicht verändert haben. Daran ist, auch zwanzig Jahre nach der DDR, zu erinnern. Leider.

Dr. STEFFEN PELTSCHEK

Weihnachtsgeschichte

WISST IHR NOCH VOM VORIGEN JAHR,
WAS IN BETHLEHEM GESCHAH
UND NEBENAN IN GAZA WAR?

DER STERN VON BETHLEHEM
IST EINE PHOSPHORBOMBE
ÜBER GAZA
DIE DREI KÖNIGE
AUS DEM MORGENLAND
SIND EINEM DEUTSCHEN LUFTSCHLAG
BEI KUNDUS ZUM OPFER GEFALLEN.
MARIA UND JOSEF FANDEN
IN EINEM TUNNEL ZUFLUCHT
BIS DIE MINI-NUKE EINTRAF.
DIE HERBERGE
HATTE EIN CATERPILLAR
PLATTGEMACHT.
DIE ENTBINDUNGSSTATION
IN KUNDUS HATTEN
FREIHERRODISCHE KUNDSCHAFTER
ALS TALIBAN-BRUTSTÄTTE DEKLARIERT
UND DEN HINTERBLIEBENEN WURDE
KOLLATERAL-ENTSCHÄDIGUNG
VERSprochen.
DIE SPEISUNG DER ZEHNTAUSEND
FAND VOR SOMALIA EIN JÄHES ENDE:
EIN ANFÜHRER UND ZEHN CO-PIRATEN
WURDEN VON EINEM SPEZIALKOMMANDO
DER FREGATTE HESSEN ERFOLGREICH
GEJAGT UND UNSCHÄDLICH GEMACHT.
ALS ZIVILE AUFBAUMASSNAHME
WURDE EIN CONTAINER
MIT CAPTAIN-IGLU-TIEFKÜHL-FISCH-
STÄBCHEN
AM STRAND ZURÜCKGELASSEN.
DIESES JAHR TRAGEN DIE STERNSINGER
DIE NATO-FAHNE UND DIE ISRAELISCHE
FLAGGE,
JESUS WIRD DER EU-STERNEKLANZ
AUF HAUPT GEZWUNGEN
UND DIE SCHWEINEKRIPPE
WIRD MIT DEN STARS & STRIPES ZUGE-
DECKT.
DIE HIMMLISCHEN FREIHERRSCHAREN
SINGEN: HOSIOBAMA, GELOBT SEI
DER HERR:
DER MACHT SICH DIE ERDE UNTERTAN,
SEIN IST DAS REICH,
SEIN WILLE GESCHEHE TRANSÜBERALL,
WER SICH NICHT BEUGT, DEN BRINGT ER
ZU FALL
OHN GOTTERBARM
UND WIR SIND SEIN BEWAFFNETER ARM,
SEIN ÜBERFALLKOMMANDO,
SEIN WELTGENDARM –
DAS GOLDENE KALB, DER KAPUT-BAAL
HERRSCHT ÜBERALL

HaBE
www.barth-engelbart.de

Pirateneinsatz

Schlagzeile der 22-Uhr-Nachrichten von
Radio 1 am 17. Dezember 2009: »Bundestag
verlängert Pirateneinsatz der Bundeswehr«. Tref-
fender kann man die Kriegseinsätze der Bun-
deswehr in aller Welt nicht bezeichnen. G.M.

Kriegsursachen: Die Gier nach fossiler Energie (Teil 2)

Der Afghanistan-Krieg

Am 21. Juli 1997 erschien in der «New York Times» ein Leitartikel. Der Autor war kein ge-
ringerer als der frühere US-Außenminister Ja-
mes Baker. Baker war Anwalt von BP-Amoco
und vertrat die Interessen des Ölmultis in
Aserbaidzhan. BP-Amoco wollte eine Pipeline
von Zentralasien nach Europa bauen: die
Baku-Tiblissi-Ceyhan-Pipeline. Das »Kaspische
Öl könnte eines Tages für die Industrienationen
der Welt genauso wichtig werden, wie das Öl des
Nahen Ostens es heute ist«, schrieb er.

Ende 1997 wurden Taliban-Abgesandte von
der US-Ölgesellschaft Unocal nach Texas ein-
geladen, um über das Pipeline-Projekt zu ver-
handeln. Für die USA ging es darum zu ver-
meiden, daß das Öl Zentralasiens direkt nach
China fließt. Es sollte durch Afghanistan und
Pakistan zum Indischen Ozean fließen, um für
den indischen und für den japanischen Markt
über US-Firmen verfügbar zu sein. Das Projekt
hieß TAPI: Turkmenistan-Afghanistan-Paki-
stan-India-Pipeline.

Die Taliban wurden in den US-Medien nicht
wegen Menschenrechts-Verstößen angegriffen,
sondern für das Verbot des Mohnanbaus ge-
lobt. Die Verhandlungen von 1997 zwischen
Unocal und den Taliban blieben ergebnislos.
Die Taliban wollten konkrete Wiederaufbau-
hilfe für das zerstörte Afghanistan. Doch Unocal
bot ihnen einen zu niedrigen Wegezoll an.

Die Verhandlungen wurden später vom Ge-
org W. Bush-nahen Energieunternehmen En-
ron weitergeführt.

Enron hatte als Partner für das Multimilliard-
en-Pipelineprojekt Dick Cheney's Unternehmen
Halliburton sowie Unocal vorgesehen,
wobei Washington staatliche Hilfe für das Pro-
jekt, jedoch nicht für Afghanistan versprach.
Endgültig fielen die Taliban im Juli 2001 in Un-
gnade, als sie das US-Angebot abermals ab-
lehnten. Sie verlangten Hilfe beim Wiederauf-
bau der Infrastruktur sowie einen Teil des
transportierten Öls für den Eigenbedarf Afgha-

nistans. Die Amerikaner lehnten ab und sagten
nach Angaben von Eingeweihten: »Entweder
ihr akzeptiert dieses Angebot als unseren roten
Teppich, oder wir haben einen anderen Teppich für
euch: Ein Bombenteppich für Kabul und den Rest
des Landes.«

Der pakistanische Außenminister Niaz Niak
sagte am 18. September 2001 dem Britischen
Sender BBC, daß er bei einem Treffen Mitte
Juli 2001 in Berlin von hochrangigen offiziellen
Vertretern der US-Regierung darüber infor-
miert worden sei, daß »militärische Kampfmaß-
nahmen gegen Afghanistan ab Mitte Oktober be-
ginnen würden.« Das geschah 2 1/2 Monate vor
dem 11.9.2001-Attentat und 5 Monate vor der
Invasion Afghanistans! Der Militärschlag ge-
gen die Taliban wurde natürlich nicht mit dem
Pipeline-Projekt, sondern mit Menschenrech-
ten, mit der Unterdrückung der Afghani-Frau-
en gerechtfertigt. Plötzlich waren die Taliban
Wiedergeburten des Teufels, die ihre zuneh-
mend schwereren militärische Bewaffnung
durch den Mohnanbau bezahlen und die west-
lichen Märkte mit billigem Heroin überschwemmen.

Das Taliban-Regime stürzte Anfang 2002.
Flugs ernannte George W. Bush den ehemali-
gen Afghanistanberater der US-Ölgesellschaft
Unocal, Hamid Karzai, zum Afghanischen Prä-
sidenten.

Die Deutsche Bundesregierung eskaliert
Stück für Stück, schickt Tornados und
AWACS, mag aber das böse Wort Krieg nicht
in den Mund nehmen. Unsere Medien machen
mit. Seit dem 19. Juli 2009 steckt die Bundes-
wehr im größten Kampfeinsatz ihrer Geschich-
te. In Nordafghanistan kommen erstmals auch
Schützenpanzer zum Einsatz. Die Bundeswehr
kämpft jetzt. Sie tötet »Aufständische« im Bo-
dengefecht, ihre Soldaten schießen, versehent-
lich, auf Zivilisten. ULRICH JOCHIMSEN

Literatur: Vortrag von Dr. Jean-Pierre Voiret am 22. April
2009 in Calw: »Die Seidenstraße und das Öl«

New York Gospel Stars

28. Januar 2010 Eberswalde - Johanniskirche

Das zehnköpfige Ensemble der New
York Gospel Stars unter der musikali-
schen Leitung von Craig Wiggins be-
geistert am 28.01.2010 mit Gospel-
Klassikern wie »Oh Happy Day«,
»Amen«, »Whole World in his Hands«,
»Joshua fit the Battle«, »Walk in Jerusa-
lem« und »Kumbaya« seine Zuschauer
in Eberswalde.

Das Publikum erwartet ein Konzert
voller Lebensfreude, bei dem mitgesungen, ge-
klatscht und gewippt werden darf und soll, bie-
ten! Tickets für das Konzert am 28.01.2010 in
Eberswalde sind ab sofort für 24,90 Euro er-



hältlich: im Internet auf www.lb-events.de, te-
lefonisch unter 0234/9471940 und bei allen be-
kannten VVK-Stellen.

LARS BERNDT

Schweyk über den Handel

mit deutschen Armeepistolen auf dem afghanischen Schwarzmarkt

Die Redakteurin der taz kommt aufgeregt ins Einstein, um Schweyk endgültig die Freundschaft aufzukündigen, denn am 12.10.2009 hat NDR-Info berichtet, es seien Hunderte deutscher Pistolen in Afghanistan auf dem Schwarzmarkt im Angebot.

»Herr Schweyk! Da habe ich gleich an Sie denken müssen. Da hatten doch Sie ihre Finger im Spiel! Sie Spezialist des Schleichhandels! Aber das geht zu weit. Mordwerkzeuge an unsere Feinde zu verkaufen, das ist unverantwortlich! Das ist kriminell! Da hört die Freundschaft auf; das müssen Sie einmal einer Mutter oder der Ehefrau eines gefallenen deutschen Soldaten aus dem Natokontingent erklären!«

»Gnädige Frau, urteilens nicht zu rasch, ich glaube, da gilt es einiges gerade zu rücken.

Na schön, es geht in dem Fernsehbericht um 10.000 alte, von der Bundeswehr ausgemusterte Walther-Pistolen, die mit Zustimmung des Bundessicherheitsrats vom Verteidigungsministerium als Aufbauhilfe an Afghanistan geliefert worden sind. Von diesen Pistolen kann keinerlei Gefahr ausgehen. Das sind alte Schießseisen, die nicht ohne Grund ausgemustert und nach Afghanistan verkauft worden sind.

Sie waren für die afghanische Polizei und nicht wie in Ihrer Darstellung für den Schwarzmarkt bestimmt, obwohl der Sicherheitsrat auch dieses Risiko ins Kalkül gezogen haben muß. Es sitzen ja Realisten in diesem Gremium und keine Phantasten, wo von der Rechtschaffenheit und Friedfertigkeit des Menschen oder auch nur des Nachbarn von nebenan überzeugt wären. Nein, wer die Leute kennt, wo da entscheiden, weiß, Idealisten sind das nicht, eher kühle Rechner. Mag sein, daß sich der eine oder andere auch mal verrechnet hat, aber damit hab ich nix zu tun, das müßens mir glauben, gnädige Frau!«

Treuherzig blickt er der Redakteurin ins Gesicht, die sichtlich um Fassung ringt.

»Ach so, die deutschen Behörden wissen von nichts, aber der Redakteur des NDR weiß dafür um so mehr. Sehens, das nenn ich Pressefreiheit! Kaum sind einige Hundert deutsche Pistolen in Afghanistan verschoben worden, schon hat die Bundesregierung eine schlechte Presse, schon ruft man: 'Skandal!'«

Dabei findet das Auftauchen der ausgemusterten Pistolen auf dem Schwarzmarkt in Kabul eine ganz einfache und logische Erklärung, ja, es ist geradezu der Beweis dafür, daß der Aufbau der afghanischen Polizeieinheiten qualitativ und quantitativ sehr gut vorangekommen ist, wo sich, so hör ich, die deutsche Politik besonders engagiert.«

Mit großen Augen schaut ihn die taz-Redakteurin an. Ihr hat es die Sprache verschlagen.

»Bitte, gnädige Frau, versetzen Sie sich einmal in die Lage eines frisch ausgebildeten Polizisten in Afghanistan, dem eine ausgemusterte Armeepistole ausgehändigt worden ist, mit der

er in Kundus oder Kabul auf Streife gehen soll. Ja, in der Ausbildung hat die Waffe ihren Zweck erfüllt: Er hat gelernt, sie blind auseinanderzunehmen und wieder zusammenzusetzen, er weiß, wie sie zu reinigen ist und wie man nachläßt. Auch eine Ladehemmung kann er in Bruchteilen von Sekunden beseitigen. Das schnelle Ziehen der Waffe und das Visieren hat er stundenlang intensiv vor dem Spiegel geübt, da macht er eine gute Figur.

Nur eine kleine Sache klappt nicht, wenn man schießt, geht es immer daneben, weil die Waffe streut. Die mangelnde Treffsicherheit ist aber nur im Ernstfall ein echtes Problem.

Sehn Sie, diese Pistolen waren für die Ausbildung und nicht für den Ernstfall gedacht. Im Ernstfall kommt es auf die Treffsicherheit an, auf sonst nichts, was in der Ausbildung aber so gut wie keine Rolle spielt, da wird nicht geschossen, jedenfalls nicht mit scharfer Munition.

Der Polizist im Einsatz braucht ein treffsicheres Schießzeug, sonst ist er hin. Was liegt da näher, als daß er sich eins kauft – ja auf dem Schwarzmarkt – ich will das gar nicht beschönigen, aber nur da gibt es ein breites, seriöses Angebot.

Und was macht er mit der Walther-P1 aus deutschen Beständen? Nun, er gibt sie in Zahlung! Das kann er guten Gewissens tun, denn es dient ja einem guten Zweck, seiner – was sag ich, unser aller – Sicherheit! Und weil man damit sowieso nicht richtig schießen kann, geht von dem Ding auch keine weitere Gefahr aus, da ist er mit der Waffenexportkommission des Bundessicherheitsrats einer Meinung.

Ich würde der Bundesregierung aber doch empfehlen, damit das dumme Gerede aufhört, durch ein paar verdeckte Aufkäufer die ausgemusterten deutschen Pistolen vom afghanischen Markt zu nehmen. Da könnt ich auch behilflich sein, so man es wünscht. Man kann sie ja wieder in den Ausbildungsgängen der Polizei verwenden, dafür sind sie gut geeignet, dafür waren sie auch gedacht. Nur schießen kann man damit nicht, aber das hat auch seinen Gutes in diesem Krisengebiet, wo an treffsicheren scharfen Waffen eh kein Mangel herrscht.

Es besteht also kein Grund, gnädige Frau, mir die Freundschaft aufzukündigen, denn trotz meiner Erfahrungen im Schleichhandel weise ich jeden Zweifel an meiner Loyalität im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und die Taliban entschieden zurück.

Das garantier ich Ihnen bis zum Freitag nachm Krieg um sechs im Kelch.«

mitgehört und aufgeschrieben von
HARTMUT LINDNER

Wie die Rehe ihren weißen Po erhielten

Müllerbursche Hans hatte seine Mühle auf den Höhen des Barnim von seinem Vater geerbt. Der kleine Hügel, auf dem die Mühle stand, überragte die umliegenden Baumwipfel, so daß er immer mit ausreichend Wind gesegnet war. Hans war ein Mann der Tat. Gefiel ihm etwas nicht, so zeigte er dies unmißverständlich.

So erschien einmal ein Büttel vom Amt, welcher die Steuerhöhung bekannt geben wollte. Hans ließ darauf Mehlsäcke von der Mühle regnen. Man traute sich seitdem nicht mehr mit schlechten Nachrichten zur Mühle. Auch hatte unser Müller einen sehr leichten Schlaf. Wehe dem, der diesen störte. Hans hatte eine wenig zarte Stimme. In Wut glich sie einem Donnergrölen.

Neu Hinzugezogene dachten deshalb oft an ein Unwetter, wenn Hans nachts seine himmlische Ruhe störende Menschen aber auch Tiere in seiner klaren Art zurechtwies.

Nun hatte unser Hans auch einen kleinen Gemüsegarten, in welchem er zartes Gemüse zog. Der Garten war sein Heiligtum und wurde ebenso überwacht, wie sein leichter Schlaf.



Es begab sich in einer hellen Vollmondnacht, das einige Rehe den Garten entdeckten und das leckere Gemüse kosten wollten. Doch Hans war auf der Hut. Hatte er doch einen Bindfaden um seinen Garten gespannt, an dessen Ende eine Glocke über seinem Bette hing. In besagter Nacht hatte unser Hans lange gemahlen, denn am nächsten Tage sollte die Fuhr abgeholt werden. Er war so müde, das er, ohne sich auszuziehen, mit seinen bemehlten Sachen und Handschuhen auf sein Bette fiel und schnarchte.

Kaum stießen jedoch die neugierigen Rehe gegen den Faden, so bimmelte das Glöckchen hell und klar über Hans und der war sofort zur Stelle. Mit seinem bemehlten Handschuh haute er die verdutzten Rehe auf Ihr Hinterteil, das es nur so staubte.

Die Rehe mieden nun ebenfalls den Hügel von Hans, dem Müller. Bis zum heutigen Tage jedoch kann man den Mehlabdruck von Hansens Handschuh auf ihrem Hinterteil sehen.

aus der Sagensammlung von BERND MÜLLER

Nicht über unser Köpfe!

Keine Freileitung durch das Amt Biesenthal-Barnim und den Naturpark Barnim!

Informationsveranstaltung / Podiumsdiskussion im Vorfeld des Planfeststellungsverfahrens der 380-kV-Freileitung von Bertikow (bei Prenzlau) nach Neuenhagen (Berlin)

5. Januar 2010, 20 Uhr, Kulturbahnhof Biesenthal

Die geplante 380-kV-Freileitung wirft verschiedene Fragen auf:

- Was ist von der Begründung Vattenfalls zu halten, diese Leitung sei notwendig, um die erneuerbaren Energien, die in der nördlichen Uckermark und in Mecklenburg-Vorpommern erzeugt werden, in das Netz einzuspeisen?
- Welche Gefahren gehen von der Leitung aus für Mensch und Umwelt?
- Welche wirtschaftlichen Folgen werden eintreten?
- Gibt es Alternativen?
- Können Bürger und Gemeinden auf den Planungsprozeß Einfluß nehmen?
- Was kann man tun?

Dazu werden eingeladen: Gemeindevertreter, Landtagsabgeordnete, Vertreter der Naturparkverwaltung und der Naturschutzorganisationen des Instituts für Zukunftsforschung und Technologiebewertung.

*Agenda 21 Gruppe Biesenthal in Kooperation mit der
Bürgerinitiative Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat*

XII. Panketaler Gespräch

DIE LINKE.Panketal lädt zum 12. Panketaler Gespräch am

**5. Januar 2010, 19.00 Uhr
im Rathausaal, Schönower Str. 105**

Thema: Direktwahl des Landrates am 10. Januar 2010.

Die Kandidatin der Barnimer Linken, Margitta Mächtig, Mitglied des Landtages und des Barnimer Kreistages, stellt sich den Fragen der Teilnehmer und freut sich auf einen interessanten und anregenden Diskussionsabend.

Liebknecht Luxemburg Trotz alledem!

10. Januar 2010

**Stilles Gedenken
und Demo**

Wünsche und Bitten

Liebe Leser und Autoren. Im Namen des Vereins Barnimer Bürgerpost wünsche ich Ihnen und Ihren Familien ein gesundes neues Jahr. Die Herausforderungen werden größer. Das politische Klima wandelt sich vor unseren Augen und die Chronisten werden viel zu tun haben. Nehmen Sie die Aufgabe an und dokumentieren Sie bitte diese einmalige Entwicklung. Erlauben Sie den Lesern einen Blick auf Ihre persönliche Sicht der Dinge. Wir freuen uns über jeden Beitrag.

Dir, liebe Margitta Mächtig wünsche ich in Deinem neuen Amt besonders viel Kraft und Mut, Gesundheit und unzählige Verbündete. Hoffentlich hast Du dann noch genug Zeit, um ab und an einen Artikel für unsere Zeitung zu schreiben.

*Dr. MANFRED PFAFF,
Vorsitzender des Barnimer Bürgerpost e.V.*

Abonnenteninformation

Aufgrund der vorgezogenen Januarausgabe werden die fälligen Rechnungen erst mit der Februarausgabe der »Barnimer Bürgerpost« verschickt, die voraussichtlich am 29. Januar 2010 erscheinen wird. bbp

Das Dach ist dicht!

Spendenaktion war erfolgreich

Symbolische Scheckübergabe durch die Landtagsabgeordnete Margitta Mächtig am Montag, 4. Januar, 13 Uhr

*Jugend- und Kulturverein Exil e.V.
Am Bahnhof Eisenspalterei,
16227 Eberswalde*

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telex: (0 18 05) 22 10 40 973

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Berndt, Grüne, Markmann (4),
von Pappritz, Pfaff

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 35 39 18

redaktionsschluß: 25. Dezember 2009

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 23.1.2010, 12 Uhr.